

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1918

49 (27.2.1918)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Preis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postkasten monatlich 1.10 M., 1/2jährlich 3.30 M., zugestellt durch unsere Träger 1.20 bezw. 3.60 M.; durch die Post 1.24 M. bezw. 3.72 M.; durch die Feldpost 1.25 M. bezw. 3.60 M., vorauszahlbar.

Ausgabe: Montag mittags, Geschäftsstelle: 1/8-1/4 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Einlagen: Die 6spalt. Kolonelleile od. deren Raum 20 A. Platzangeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 Uhr vorm. für größ. Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Geß & Cie., Karlsruhe.

Die Friedensbedingungen an Rußland.

W.B. Berlin, 26. Febr. (Nicht amtlich.) Unterstaatssekretär v. d. Busche gab im Reichstag die Friedensbedingungen gegenüber Rußland bekannt. Danach sollen die Gebiete westlich der früher mitgeteilten Linie, die in Gegend Dünaburg bis zur Ostgrenze Kurlands verläuft, der Hoheit Rußlands nicht mehr unterstehen. Deutschland und Oesterreich-Ungarn bestimmen das künftige Schicksal der Gebiete im Einvernehmen mit der Bevölkerung Livlands und Estlands; diese werden von der deutschen Polizeimacht besetzt, bis die Landesverrichtungen die Sicherheit gewährleisten. Rußland schließt sofort Frieden mit der Ukraine, räumt die Ukraine und Finnland von Truppen und der Roten Garde, stellt die Rückgabe der ostanatolischen Provinzen an die Türkei sicher, erkennt die Abschaffung der türkischen Kapitulationen an und führt unverzüglich die Demobilisierung durch.

Weitere Bestimmungen betreffen die russischen Kriegsschiffe und die Kriegsschiffe der Entente, die Handelschiffahrt im Schwarzen Meere und in der Ostsee, das Wiederinkrafttreten des deutsch-russischen Handelsvertrages, Sicherung der Meeresbegünstigung bis Ende 1925, Verzicht auf jede Agitation gegen die verbündeten Regierungen auch in den besetzten Gebieten.

Vorstehende Bedingungen müssen binnen 48 Stunden angenommen werden. Russische Bevollmächtigte haben sich unverzüglich nach Brest-Litowsk zu begeben und binnen drei Tagen den Frieden zu unterzeichnen, der innerhalb weiterer zwei Wochen ratifiziert sein muß.

Die russische Delegation reiste nach Brest-Litowsk ab, wurde jedoch nördlich Pskow durch Brändenprengung aufgehalten.

Annahme der deutschen Friedensbedingungen.

Petersburg, 25. Febr. (W.B. Nicht amtlich.) Meldung des R.A.M. In der Nacht vom 24. Februar fand eine Diskussion des ausführenden Hauptauschusses statt. Nach heftiger Debatte wurden die deutschen Friedensbedingungen von Brest-Litowsk, die aber durch die letzten Zusätze von Kishinman ergänzt waren, angenommen. Einhundertachtundzwanzig Stimmen waren dafür und 185 dagegen abgegeben. Sechszwanzig Mitglieder enthielten sich der Stimme und zwei Anarchisten nahmen an der Abstimmung nicht teil.

Petersburg, 25. Febr. (W.B. Nicht amtlich.) Meldung des R.A.M. Folgendes Telegramm wurde am 24. Februar, um 7 Uhr früh durch Funkpruch an die deutsche Regierung in Berlin, die österreichisch-ungarische in Wien, die bulgarische in Sofia und die osmanische in Konstantinopel abgefaßt:

Gemäß der von dem ausführenden Hauptauschuss und dem Rat der Vertreter der Arbeiter, Bauern und Soldaten am 24. Februar, 4.30 früh getroffenen Entscheidung hat der Rat der Volksbeauftragten beschlossen, die von der deutschen Regierung gestellten Friedensbedingungen anzunehmen und eine Abordnung zur Unterzeichnung des Friedens nach Brest-Litowsk zu senden.

Unterzeichnet: Der Vorsitzende des Rates der Volksbeauftragten: Wladimir Lenin, der Volksbeauftragte für Auswärtige Angelegenheiten: Leo Trotzki.

Verhandlungsbericht des Reichstags.

Berlin, 26. Februar.

An Bundesratssitz: v. Payer, Graf Noehren, Dr. Fischer und Kalltraf. Sitzpräsident Dr. Paasche eröffnet die Sitzung um 1.15 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen zunächst kurze Anfragen. Abg. Alpers (D. Fr.) fragt nach der Verlegung des Sitzes des Reichsausschusses für den Wiederaufbau der Handelsflotte von Berlin nach einer der Hansestädte.

Unterstaatssekretär v. Tongiavici: Es ist unerlässlich, daß der Reichsausschuss jederzeit Gelegenheit hat, mit den übrigen Reichsstellen in Verbindung zu treten. Durch die Verlegung in eine der Hansestädte würde das Verfahren nur verlangsamt werden. Abg. Gedischer (F. Sp.) fragt nach Maßnahmen zur Verringerung des Loses deutscher Zivilgefangenen in England und seinen Kolonien.

Abg. Regierungsrat v. Keller: Das Schicksal der Deutschen wird mit Eifer verfolgt. Bestrebungen sind wiederholt erhoben worden. Erfolge sind schon erzielt. Die deutsche Regierung wird weitere Maßnahmen ergreifen, insbesondere sollen den Zivilgefangenen Besuchsvereine durch neutrale Hilfe zugänglich werden.

Am schlimmsten steht es um die Deutschen in den englischen Kolonien. Die Behandlung derselben bedeutet vielfach eine Grausamkeit, namentlich in Indien. Deutschland befolgt die vollständige Räumung dieser Lager und fordert die Freilassung dieser Gefangenen.

Abg. Bartschat (F. Sp.) wünscht Befreiung von Ausfuhrbeschränkungen, unter denen west- und ostpreussische Seefahrer, insbesondere Königsberg, sehr leiden. — Ein Regierungsvorleser sagt mögliche Befreiung der Ursachen der Beschränkungen zu.

Abg. Geher (L. Soz.) beklagt sich wegen der über die „Leipziger Volkszeitung“ verhängten Vorzensur.

Unterstaatssekretär Dr. Lewald: Eine Vorzensur besteht in Deutschland nicht. Der Umstand, daß in wenigen Fällen die Zeitungen vorher vorgelegt werden müssen, ändert daran nichts. Hierauf wird die

erste Lesung des Etats

fortgesetzt. (Reichszentralrat Graf Hertling erscheint im Saal.)

Staatssekretär des Reichsschatzamt v. Noehren nimmt das Wort: Bei den finanziellen Darlegungen kann ich mich kurz fassen, da in dem laufenden Etat Mittel für die Kriegskosten nicht angefordert werden. Der ordentliche Etat weist eine Steigerung von 2.390 Millionen nach. Der außerordentliche Etat fällt mit 426 Millionen gegen 33 Millionen im Vorjahre ab. Bei der letztjährigen Etatsbewilligung war der Ausgleich neben den laufenden Steuern durch den proportionalen Zuschlag zur Kriegsteuer bewilligt, die für damals auf höchstens 500 Millionen veranschlagt waren, die aber in etwa dem doppelten Betrage dem laufenden Rechnungsjahre zugute kommen dürften. Der Ausgleich in diesem Jahre ist auf 2.575 Milliarden Mark angelegt. Er findet seine Hauptbegündung in dem gesteigerten Zinsendienst. Der zweite Hauptgrund des gestiegenen Mehrbedarfs liegt in der Tatsache, daß der vorjährige bewilligte Zuschlag zur Kriegsteuer ein einmaliger war, also in diesem Jahre kein damals veranschlagter Betrag erneut der Deduktion bedarf. Seht man aber diesen Zuschlag nach Weggabe der vorjährigen Veranschlagung fort, so bleibt nur noch ein Beitrag von nicht ganz 70 Millionen für den Mehrbedarf, der sich auf Mindereinnahmen und Mehrausgaben der einzelnen Verwaltungszweige verteilt.

Der Staatssekretär geht auf die Hauptposten bei diesen Verwaltungen ein, bezeichnet die Mindereinnahmen von 10 Millionen Mark durch den Ausfall der Verzinsung der deutschen Kriegsschuldentilgung, die Mindereinnahme von rund 14 Millionen Mark durch Aufhebung des Hinterlassenenversicherungsfonds, sowie die Mehrausgabe von 68 Millionen Mark, die zum Teil durch Schaffung neuer etatsmäßiger Stellen und Lebensanwärter der beiden neuen Reichskämmer in den Haushalten entstanden sind. Beim außerordentlichen Etat habe ich lediglich darauf aufmerksam zu machen, daß die Erhöhung auf die Einstellung von 300 Millionen auf Grund des Gesetzes betreffend Wiederherstellung der Flotte zurückzuführen ist.

Was das heute mit zur Beratung stehende Abänderungsgesetz zum Kriegsteuergesetz betrifft, so handelt es sich dabei um eine reine Verrechnungsvorschrift. Es soll wie im Jahre 1916 ein einmaliges Defizit ebenso auch im Jahre 1917 auf die Kriegsteuer übertragen werden. Der Betrag der sogenannten Kriegsgewinnsteuer mit Zuschlag wird voraussichtlich 54 Milliarden überschreiten. Die Kohlensteuer hat in der letzten Zeit andauernd 70 Millionen im Monat gebracht. Die Pigorellensteuer wiegt der gegen den Voranschlag niedrigeren Betrag der Warenumschlagsteuer reichlich auf. Die neuen Steuerentwürfe gehen dem Reichstage nach Osnabrück zu. Ob sie schon den ersten Schritt in die große am Ende des Krieges erforderliche Finanzengelage oder wieder als eine Zwischengestaltung während der weiteren Dauer des Krieges zu betrachten sind, steht noch dahin. Die Depots der deutschen Kreditbanken haben im letzten Jahre wieder um mehrere Milliarden zugenommen. Die Sparkastensparnisse sind nach Abschreibung aller Kriegsanleihebesicherungen um 3 1/2 Milliarden gewachsen. Die Zahl der Sparkastensparnisse ist um mindestens 1 1/2 Millionen gestiegen. Diese Zahlen beweisen, daß das im Kriege nun einmal schneller rollende Geld in weite Kreise gestossen ist, welche die Millionen zahlen, die Zeichner der letzten Anleihe stellten und sie hoffentlich auch bei der nächsten wieder stellen werden. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Trimborn (Zentr.): Das Friedensbedürfnis wächst in allen Ländern zusehends. Leider sind die Bemühungen des Papstes ohne Erfolg gewesen. Dem Reichszentralrat stimmen wir darin zu, daß die vier wilsonischen Grundsätze eine Grundlage für ein Einvernehmen bilden, daß keine Annexionen eintreten sollen und daß Belgien nicht wieder der Schauplatz kriegerischer Machenschaften werden darf, von uns aber nicht befallen werden soll. Die große Botschaft von gestern zeigt, daß unsere Delegation in Brest-Litowsk zur rechten Zeit energische Töne gefunden hat. Wichtig dabei ist, daß hinter der Delegation ein schlagfertiges Heer steht. Die Bildung der Ukraine ist ein Ruhmesblatt Deutschlands. Das Wort der deutschen Treue bleibt bestehen. (Beato!) Wir begrüßen unseren früheren langjährigen Kollegen v. Payer in seinem neuen Amte. Seine gestrigen Ausführungen haben ihn ebenfalls in erfreulicher Weise gezeigt. (Beifall.) Wir streben einen Parlamentarismus an, wie er der deutschen Eigenart entspricht. Die Kriegslage ist glücklicherweise günstig und im Innern werden wir bei guter Nationierung auskommen. Der Landwirtschaft schließt unser dank. Das glänzende Ge-

samtbild unseres Heeres zu Lande, zu Wasser, unter Wasser und in der Luft und unserer Heimarbeit wird nicht zerstört durch den bedauerlichen Streit, der glücklicherweise an dem gesunden vaterländischen Sinn der Arbeiterklasse gescheitert ist. Der Streit war ein Treubruch gegen unsere eranen Truppen im Feld. Die sozialdemokratische Mehrheitspartei hat ihn nicht herbeigerufen. Die unabhängigen Sozialdemokraten streifen für den Krieg und Leben den ersten Friedensvertrag ab. Für die Befestigung der religiösen Erben muß es heißen: Freie Wahl dem Tüchtigen. Wir hoffen, daß die Wahlreform bald zu einem guten Ende kommen wird. (Beifall im Zentrum.)

Unterstaatssekretär von dem Busche: Von verschiedenen Seiten ist der Wunsch geäußert worden, das Ultimatum kennen zu lernen, das von den russischen Delegierten angenommen worden ist. Ich erlaube mir, dieses

Ultimatum

bekannt zu geben. Es lautet:

Deutschland ist bereit, unter folgenden Bedingungen mit Rußland die Verhandlungen wieder aufzunehmen und Frieden zu schließen:

1. Das Deutsche Reich und Rußland erklären die Beendigung des Kriegszustandes. Beide Nationen sind entschlossen, fortan in Frieden und Freundschaft zu leben.
2. Die Gebiete, die westlich der den russischen Vertretern in Brest-Litowsk mitgeteilten Linien liegen und zum Russischen Reich gehört haben, werden der territorialen Hoheit Rußlands nicht mehr unterstehen. Die Linie ist in Gegend Dünaburg bis zur Ostgrenze Kurlands zu verlaufen. Aus der ehemaligen Zugehörigkeit dieser Gebiete zum Russischen Reich werden ihnen keinerlei Verpflichtungen gegenüber Rußland erwachsen. Rußland verzichtet auf jede Einmischung in die inneren Verhältnisse der Gebiete. Deutschland und Oesterreich-Ungarn beabsichtigen, das künftige Schicksal der Gebiete im Benehmen mit deren Bevölkerung zu bestimmen. Deutschland ist bereit, sowie der allgemeine Friede beschlossen ist, und die russische Demobilisierung vollkommen durchgeführt ist, das Gebiet östlich der oben genannten Linie zu räumen, soweit sich nicht aus Art. 3 etwas anderes ergibt.
3. Livland und Estland werden von russischen Truppen und Roter Garde unverzüglich geräumt und von deutscher Polizeimacht besetzt, bis andere Einrichtungen die Sicherheit des Landes gewährleisten. Alle aus politischen Gründen verhafteten Landesbewohner sind sofort freizulassen.
4. Rußland schließt sofort Frieden mit der ukrainischen Volksrepublik. Ukraine und Finnland werden ohne jeden Vorzug von russischen Truppen und Roter Garde geräumt.
5. Rußland wird alles in seinen Kräften Stehende tun, um alsbald die ordnungsmäßige Uebergabe der ostanatolischen Provinzen an die Türkei sicherzustellen und erkennt die Abschaffung der Kapitulationen an.
- 6a. Die völlige Demobilisierung des russischen Heeres einschließlich der von der jetzigen Regierung neugebildeten Heereskräfte ist unverzüglich durchzuführen.
- 6b. Die russischen Kriegsschiffe im Schwarzen Meere, in der Ostsee und im Bismarck sind in russische Häfen zu überführen und dort bis zum allgemeinen Friedensschluß zu belassen oder sofort zu desarmieren. Kriegsschiffe der Entente im russischen Machtbereich sind wie russische Kriegsschiffe zu behandeln.
- 6c. Die Handelschiffahrt im Schwarzen Meere und in der Ostsee wird wieder aufgenommen, die im Waffenstillstandsvertrag vorgesehen worden war. Das Minenräumen hat sofort zu beginnen. Das Sperrgebiet im Bismarck bleibt bis zum allgemeinen Friedensschluß bestehen.
7. Der deutsch-russische Handelsvertrag von 1904 tritt wie in Art. 7 Ziffer 2A des Friedens mit der Ukraine wieder in Kraft unter Wegfall der im Art. 11 Ziff. 3 Abs. 3 des Handelsvertrages vorgesehenen besonderen Vergünstigung für asiatische Länder. Ferner wird der ganze erste Teil des Schlussprotokolls wieder hergestellt. Dazu kommen Sicherheiten der Ausfuhrfreiheit und Ausfuhrzollfreiheit für Erze, alsbaldige Verhandlungen über Abschluß eines neuen Handelsvertrages, Sicherung der Meeresbegünstigung bis mindestens Ende 1925, auch für den Fall der Kündigung des Protokolls, endlich Bestimmungen entsprechend Art. 7 Ziff. 3, Ziff. 4A Abs. 1 und Ziff. 5 des Friedensvertrages mit der Ukraine.
8. Die rechtspolitischen Angelegenheiten werden geregelt auf Grundlage des russischen Vorschlages. Rußland wird deutsche Kommissionen zum Schutze deutscher Kriegsgefangener, Zivilpersonen und Rückwanderer zulassen und nach Kräften unterstützen.
9. Rußland verpflichtet sich, jegliche amtliche oder amtlich unterstützte Agitation oder Propaganda gegen die vier verbündeten Regierungen und ihre Staats- und Heeresinstitutionen auch in den von den Zentralmächten besetzten Gebieten einzustellen.

10. Vorstehende Bedingungen sind binnen 48 Stunden anzunehmen. Russlands Bevollmächtigte haben sich unverzüglich nach Brest-Litovsk zu begeben und binnen drei Tagen den Frieden zu unterzeichnen, der innerhalb weiterer zwei Wochen ratifiziert sein muß. (Lebhafte Beifall bei den bürgerlichen Parteien. Zwischen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die russische Delegation zu der auch Herr Trotsky und Herr v. Toffe gehören sollen, ist bereits von Petersburg abgereist. Sie hat aber einen unfreiwilligen Aufenthalt erlitten nördlich von Kefow dadurch, daß dort eine Epidemie ausgebrochen ist. Sie werden aber im Laufe dieser Nacht oder im Laufe des morgigen Tages in Brest-Litovsk eintreffen. In Brest-Litovsk ist die deutsche und österreichisch-ungarische Delegation bereits versammelt. Die türkische und bulgarische Delegation werden im Laufe des heutigen Tages dort eintreffen. (Lebhafte Beifall bei den bürgerlichen Parteien. Zwischen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Abg. Scheidemann (Soz.):

Was jetzt aus Rußland geworden ist, entspricht nicht der Ansicht der deutschen Sozialdemokratie. Wir kämpfen für die Verteidigung unseres Landes, aber nicht um die Festigung Rußlands. Die Loslösung der Randvölker von Rußland scheint unvermeidlich. Dabei wird aber Deutschland nichts genützt. Schaffen wir nicht Zustände, die eine Rehabilitation gegen uns erzeugen! Auch im Westen einen bedingungslosen Frieden zu erzwingen, wäre für Deutschland in jedem Falle gefährlich. Unsere letzten Freundschaften im Auslande gehen verloren. Die Hamburger Rede war unangebracht. In dieser Zeit muß jedes Wort von autoritativer Seite auf die Waagschale gelegt werden. Man höre mit dem lächerlichen Getöse auf, der

Streik

sei mit ausländischem Gelde gemacht worden. Eine schamlose Lüge ist es, daß dem Streite landesverräterische Absichten zugrunde liegen. Munitionsmangel besteht nicht. Man sagt sogar, Lubendorff hätte Granaten. Eine Fabrikationsnotwendigkeit bestand nicht. Dazu kam, daß wegen Kohlenmangels Feuerstätten eingeleigt werden mußten. Den Arbeitern war nicht wie der Vaterlandspartei Versammlungsfreiheit gegeben. So wurden sie auf die Straße getrieben und mit der Waffe behandelt. Hätte Staatssekretär Balkraf die Arbeiter empfangen, so hätte er drei bis vier Tage des Streiks gerettet und Hunderte von braven Arbeitern vor langjähriger Zuchthausstrafe bewahrt. In Köln wurden die Arbeiter sofort empfangen. Mein Genosse Ebert und ich wurden, als wir in den Aktionsauschuß eintraten, mit Gefängnis bedroht. In München wurde dem gleichbehandelnden Genossen von dem Nachfolger Grafen Hertling öffentlich in der Kammer der Dank ausgesprochen. Durch Gewaltmaßnahmen wird der Streik nur verlängert und vertieft. Zeigen Sie den Arbeitern, daß Sie sie nicht mit der Waffe behandeln. Wenn Herr von Didenburg wünscht, daß von Deutschen auf Deutsche geschossen wird, so erkläre ich einen solchen Mann, der das wünscht, für den Auswurf des deutschen Volkes. Der Kampf um das

gleiche Wahlrecht in Preußen

darf nicht schwächer werden. Wir freuen uns des Programms des Herrn v. Bamer. Das deutsche Volk steht hinter ihm. Wir vertrauen, daß das deutsche Volk freier aus diesem ungesunden Ringen hervorgehen wird. Wir verfolgen dieses Ziel in dem Bewußtsein: Die Zukunft gehört der Demokratie, den Arbeitern und dem Sozialismus! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Balkraf: Der Vordränger hat sehr viele Worte gegen meine Person gerichtet. Es wird so dargestellt, als ob der Streik aus der Unzufriedenheit geboren wurde. Herr von Bamer hat bereits ausgeführt, daß die angegebenen Ziele nicht erreicht werden konnten. Auch der Kohlenmangel ist kein stichhaltiger Grund. Die Anfänge der ausländischen Streikpropaganda reichen auf ein in Zürich gedrucktes Flugblatt aus dem Jahre 1914 zurück. Es wurde gefördert durch Funksprüche der Bolschewisten, deren Agitation gleichzeitig mit dem Waffenstillstand einsetzte. Daß auch die Entente in gleichem Sinne agitiert hat, steht offenkundig fest. Das Ausland wußte von dem Streik, als er noch gar nicht bestand. (Unruhe. Sehr richtig!) Der sozialdemokratischen Partei gereicht es zum Verdienste, daß sie sich ursprünglich dem Streik ferngehalten hat. Ich wäre bereit gewesen, die Arbeiter zu empfangen, nicht aber die Streitenden, weil es sich um hochpolitische Forderungen handelte und man einen Druck auf die Regierung ausüben wollte. Wenn Mißstimmung entstanden ist, so bedauere ich es, bin aber nicht schuld daran. Ich freue mich, daß Herr Scheidemann von den Bolschewisten abgerückt ist. Mit Schlagwörtern wie „Hungerfrieden“, sollte man recht vorsichtig sein. Im Osten kommt der Friede, im Westen stehen unsere Truppen unerschüttert. Wir sind nahe am Ziele, deshalb müssen wir eng zusammen stehen. Deutschland ist die Wiege der Sozialpolitik und es wird auch neuen Gedanken Gestalt geben und sie nach deutscher Art freudlich zur Lösung bringen. (Lebhafte Beifall.)

Abg. von Sandbrunn und der Laube (Kons.): Wir sind mit den Ausführungen des Staatssekretärs durchaus zufrieden. Nichts anderes als einfacher Landbesitzer hat den Streik angezettelt. Er war beeinflusst von ausländischen Agenten und getragen von dem Einfluß der deutschen Sozialdemokratie. (Aufe: Anhim!) Abg. Ledebour wird wegen des Jurates zur Ordnung gerufen.) Die Mitteilung des Reichsanwalters über die Friedensausführungen hat uns allen ein tiefes Aufatmen gebracht. Sie hat uns von einem Druck befreit. Das russische Millionenheer war bedeutungsvoller, als man gemeinhin angenommen hat. Daß wir ihm widerstehen konnten, ist geradezu ein Wunder. Mit den Friedensbedingungen sind wir ebenfalls einverstanden. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das glauben wir!)

England wird weichen, wenn es sich einer unbedingten Macht gegenüberstellt. Das wird unser Heer und unsere Flotte schon befehlen. (Wab!) Zu dem Programm des Vizemarschalls traute ich mich nicht zu äußern. Es entspricht dem des Reichsanwalters. Seine Ausführungen haben aber das Vertrauen zwischen Politikern und Regierung nicht gestärkt. Es war eine parteipolitische Rede voller Einseitigkeit, so daß man den Nachteil des parlamentarischen Systems gut erkennen konnte. Er ist doch sonst ein besonnenen Mann. Die Besonnenheit ist ihm wohl beim nächsten Aufstieg zum Reichsanwalt verloren gegangen. Das preußische Wahlrecht ist eine rein preußische Angelegenheit. Die Büttelberger, Paderner und Badener würden sich eine Einmischung auch verbitten. Unser Kriegsziel liegt im Interesse des Reiches. Wie kann man uns da auf einen Boden stellen mit den Unabhängigen Sozialdemokraten. (Zuruf Ledebours: Ist eine Ehre für Sie!) So etwas muß die Gemüter erhitzen, zumal bei uns gerade mancher ist, der sein Lebenlang seinem Vaterland treu gedient hat. Solche Bemerkungen kann man nicht auf sich sitzen lassen, da muß man sich wehren. (Zuruf Ledebours: Das machen wir auch!) Wir wollen

die Kriegslast ruhig tragen bis zum wahren Frieden, der er Opfer wert ist.

Reichsanwalt Graf Hertling: Ich gehe auf den persönlichen Ton zum Schluß der Rede des Abg. v. Sandbrunn ein. Die Stimmung am Schluß der geistigen Rede des Herrn Reichsanwalters war nicht vollkommen berechtigt. Wenn Sie die Rede nochmals in Ruhe lesen, so werden Sie finden, daß sie nicht richtig bei der Ursache des Hauses verstanden worden ist. Er hat zwischen den Streitenden und Jenen (nach rechts) einen Streich gezogen, und für das preußische Wahlrecht keineswegs die Kompetenzen des Reiches beansprucht. Wir wollen nicht anderes, als eine Politik, die unser deutsches Land einheitlich zusammenhält. Bitte, lassen Sie uns auf allen Seiten dazu, begreifen Sie, was hinter uns liegt, damit wir einheitlich beieinanderstehen. (Lebhafte Beifall.)

Darauf wird die Weiterberatung auf morgen vormittag 11 Uhr vertagt. — Schluß gegen 8 Uhr.

Die Verhandlungen mit Rumänien.

Berlin, 25. Febr. (Privatmeldung.) Die Verhandlungen mit General Averescu haben gestern Abend begonnen. Nach österreichischen Privatmeldungen sollen sie lt. „A. T.“ bisher einen günstigen Verlauf nehmen. Das Hauptgewicht legt Rumänien auf 3 bejarrabische Kreise, die vor dem Berliner Frieden zu ihm gehörten. Es sind rund 10 000 Quadratkilometer, die die Gebiete Suceava, Bolgrad und Kubele umschließen. General Averescu hat sein Kabinett gebildet, konnte aber bisher keinen der in Bukarest verbleibenden rumänischen Parlamentarier veranlassen, in das Kabinett einzutreten.

Die Friedensbedingungen der Londoner Arbeiterkonferenz.

Br. Haag, 25. Febr. (Reuter beirichtet) das von der Arbeiterkonferenz in London angenommene Memorandum über die Kriegsziele. Nach den üblichen Angriffen auf den deutschen Einmarsch in Belgien fordert das Memorandum die Schaffung eines Völkerbundes. Weiter fordert es die Aufhebung der Schein дипломатіе, die Veröffentlichung aller Verträge usw.; der Völkerbund soll auch die Einstellung der Kämpfungen und die Wahrung der bestehenden Rechte herbeiführen. Er soll jedoch erst nach dem Kriege gegründet werden. Weiter bezieht sich das Memorandum auf die jüngsten Erklärungen Wilsons, die allgemein gebilligt werden. Es wird angegeben, daß es unmöglich sei, die Wünsche der Völker einheitlich zu befriedigen. Bezüglich Belgiens heißt es: Die erste Bedingung für den Frieden ist die Wiederherstellung Belgiens unter der Kontrolle eines internationalen Ausschusses. Deutschland müsse alle Schäden, die es in Belgien angerichtet habe, gutmachen. Ueber Elsaß-Lothringen heißt es, daß sie keine territoriale Frage, sondern eine Frage des Rechts und somit ein internationales Problem, dessen Lösung notwendig sei, wenn der kommende Friede gerecht und dauerhaft sein solle. Ferner verlangt das Memorandum die Unterzeichnung des Friedensvertrags durch alle Völker der Welt. Frankreich sei bereit, dem Völkerbund die Sorge für die ungeschädigte Volksabstimmung in Elsaß-Lothringen zu überlassen. Vordrängt wird die Vereinigung der italienisch sprechenden Völker Osterrichts mit dem Königreich Italien, vollständige Wiederherstellung der Rechte der Völker Serbiens, Montenegros und Albanens. Ferner sind ein unabhängiges Polen mit einem freien Zugang zum Meer zu schaffen. Gegenwärtigen Anwerbungen Deutschlands in Aurland, Ostland, Südland, Polen, Litauen usw. werden als vollkommen unzulässig und als Verletzung der internationalen Gesetze erklärt. Die Konferenz sympathisiert mit dem freien unabhängigen Staat Palästina, Armenien, Mesopotamien und Arabien dürfen nicht wieder unter die grausame Herrschaft der Türken fallen. Die Darbanellen sollen unter Kontrolle des Völkerbundes neutralisiert werden usw.

Solche Bedingungen bedeuten nichts anderes als die Fortführung des Kampfes auf Leben und Tod des einen oder anderen Teiles.

Kriegsnachrichten.

Deutscher Tagesbericht.

W.B. Großes Hauptquartier, 26. Febr. (Amtlich.)

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Eichhorn. Vier Tage nach Ueberwinden des Moonsjundes haben gestern vormittag die auf Rebal angehenden Truppen, Radfahrer, Kavallerie und Maschinengewehr-Scharfschützen an der Spitze, unter Führung des Generalleutnants Freiherr v. Serendorff nach Kampf die Festung genommen. Südlich von Rebal (Pleskau) stießen unsere Regimenter auf starken Widerstand. In heftigen Kampf schlugen sie den Feind. Die Stadt wurde genommen.

Heeresgruppe Linsingen. Feindliche Kräfte waren sich untern in der Ukraine längs des Pripiet vordringenden Abteilungen bei Kolenkowskij entgegen. In schneidigem Angriff wurde der Feind getrieben. Stadt und Bahnhof erübrnt.

In wenigen Tagen haben die Truppen der Heeresgruppe Linsingen zu Juch, mit der Bahn und auf Kraftwagen unter großen Anstrengungen und Entbehrungen mehr als 300 Kilometer zurückgelegt. Im Verein mit ukrainischen Truppen haben sie große Teile des Landes von plündernden Vandalen befreit. Die ukrainische Regierung hat in dem vom Feinde gesäuberten Gebieten die Ruhe und Ordnung wieder hergestellt.

In Gefangenen wurden an der Dniestr neuerdings eingebracht drei Divisionsstäbe, 180 Offiziere und 3676 Mann. Gefangenenzahl und Beute aus Rebal und Pleskau lassen sich noch nicht übersehen.

Von den andern Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der 1. Generalquartiermeister: Ludendorff.

Der französische Vorstoß im Elsaß.

Berlin, 26. Febr. (W.B. Nicht amtlich.) Ueber den Vorstoß der Franzosen vom 25. Februar wird gemeldet: Am 23. Februar feuerte der Franzose im Sundgau von 1/2 10 Uhr vormittags, aus 52 Batterien, Kaliber bis 28 Zentimeter, und aus schweren Minenwerfern circa 30 000 Artilleriegeschosse und 450 schwere Fliegerminengranaten gegen unsere vorderste Linie. Das Batteriezände und die Straßen im Abschnitt A 10

herabpaß—Erbücke—Niederbuckhaupt. Um 1 Uhr mittags ließ er aus Kreuzwald gegen Niederbuckhaupt ab, das über Norden nach Nordwesten drehte und in das Thannertal zog; auch mit Granaten verjagte er den Abschnitt zu verzeihen. Nach einem siebenstündigen Feuer stürzten drei hinter der Front zum Angriff geschulte Bataillone heran. Der Erbücke wurde er im Kampf Mann gegen Mann erstickt. In Niederbuckhaupt drang der Feind ein. Die Besatzung war an Zahl unterlegen, erschüttert und betäubt von den schloßen Detonationen — aber sie zögerte keine Sekunde, wartete keine Reserve, keine Hilfe ab, griff den Feind an und warf ihn hinaus. Die ganze vorderste Linie ist jetzt in unserer Hand. Infanterie und Artillerie schlugen sich glänzend; der Feind hat in ihrem Feuer schwer bluten müssen. Gefangene ergaben sich davon.

Operationen der Türken.

W.B. Konstantinopel, 26. Febr. (Nicht amtlich.) Das Kriegspressquartier teilt mit: Im Laufe des 24. Februars wurde auch Trapezunt vom Druck der Ränderbanden befreit. Unsere zum Schutz ausgesandten Truppen marschierten in Kolonnen durch die Stadt und verfolgten die nach Osten fliehenden Vandalen. Unsere Truppen drangen auch in die Stadt Amahaurin ein, deren größter Teil von den Vandalen eingenommen ist. Die sich in der Richtung auf Erzerum zurückziehenden Vandalen mordeten und plünderten in den Dörfern, die sie durchzogen, gegen 300 wehrlose Muselmanen.

Neue Versenkungen.

Berlin, 25. Febr. (Amtlich.) Im Sperrgebiet um England wurden von unseren U-Booten 5 Dampfer und 2 Fischereifahrzeuge versenkt. 2 Dampfer wurden aus Geleitzügen herausgeschossen. Die Fischereifahrzeuge waren der englische Segelfischer „Solfer“ und der französische Segelfischer „Racoma“.

Die Beute des Hilfskreuzers „Wolf“.

W.B. Berlin, 26. Febr. (Amtlich.) S. M. Hilfskreuzer „Wolf“ hat in Durchführung der ihm übertragenen Aufgaben mindestens 35 feindliche oder für den Feind fahrende Handelschiffe mit einem Gesamttonnagegehalt von mindestens 210 000 BRT. vernichtet oder so schwer beschädigt, daß ihre Wiederbenutzung für längere Zeit ausgeschlossen ist. Es handelt sich vorwiegend um große wertvolle englische Dampfer, deren gleichwertiger Ersatz in absehbarer Zeit nicht möglich ist. Mehrere dieser Dampfer waren beladene englische Truppentransporter. Ihr Untergang hat entsprechende Menschenverluste zur Folge gehabt. Ferner sind durch die Kriegsmaschinen des Hilfskreuzers der japanische Minenschiffkreuzer „Haruna“ von 28 000 Tonn. Wasserdrängung und ein englischer oder japanischer Kreuzer, dessen Name nicht festgestellt werden konnte, schwer beschädigt worden.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Die Lage im neuen Rußland.

W.B. Amsterdam, 26. Febr. (Nicht amtlich.) Die „Times“ erfahren aus Petersburg, daß das maximalmäßige Heer in der Hauptstadt aus Arbeitslosen zusammengesetzt ist, deren Zahl infolge der durch den deutschen Vormarsch veranlaßten Schließung von Fabriken und Arbeitsstellen stetig größer geworden ist. Eine kleine Anzahl russischer Soldaten hilft den Bolschewisten bei der Organisation von Truppen zu 1000 bis 1500 Mann, deren Aufgabe es sein soll, die deutschen Angreifer zu beunruhigen.

W.B. Petersburg, 26. Febr. (Nicht amtlich.) Bei der Ag. Die Einnahme von Moskwa am Don, die am 23. Febr. durch Sowjetstruppen erfolgte, wird bestätigt. Straßenkämpfe, in denen die Sowjettruppen erfolgreich waren, sind beendet.

W.B. London, 26. Febr. (Nicht amtlich.) Wie Reuter nach einem Telegramm aus Tokio erzählt, heischlossen die Mitglieder der Ententebotschaft, aus Petersburg abzureisen. Die amerikanische und japanische Botschafter werden über Sibirien reisen. Bisher liegt aber noch keine Nachricht vor, daß einer von ihnen tatsächlich die Hauptstadt verlassen hat.

Gewerkschaftliches.

Gewerkschaftsunterstützungen für politische Kampfkreuzer. Die freien Gewerkschaften haben gegenüber den jüngsten Streiks in einer rein politischen Bewegung völlige Zurückhaltung geübt und selbstverständlich auch keine Streikunterstützung gezeigt. Die kirchlichen Gewerkschaften hingegen haben eine nachdrückliche Warnung vor dem Kampfkreuzer an ihre Mitglieder ergoßen lassen, zahlen aber jetzt wie das „Hamburger Echo“ berichtet, an die Streikteilnehmer in Hamburg aus einem Sonderfonds eine Entschädigung von 5 Mk. für jeden Tag der Arbeitsruhe. Hofft man, durch solche Anreizprämie für künftige Arbeitseinstellungen Mitglieder zu gewinnen? Konsequenz ist das Verhalten der Gewerkschaften in keinem Falle.

Die Stuttgarter Unabhängigen für die Verschärfung der Gewerkschaften. Die Stuttgarter Organisation der Unabhängigen beschloß mit 53 gegen 47 Stimmen die Vorarbeiten in die Hand zu nehmen „zur Gründung einer neuen gewerkschaftlichen Kampforganisation“. Ein weiterer Beschluß zeigt, daß es eine „politisch-gewerkschaftliche Einheitsorganisation“ ist, in der die Unabhängigen ihre Weid erblicken.

Mit dem Stuttgarter Beschluß haben die Unabhängigen zum erst Mal offen die Verschärfung der Gewerkschaften als ihre Pflicht kundgetan, die sie bisher mehr heimlich betrieben haben. Ihre Gefährlichkeit für die Arbeiterbewegung wächst dadurch in gefährlicher Weise, aber zugleich wohl auch die Hoffnung auf ihre Überwindung.

Ausland der Zigaretten-Arbeiterinnen in Dresden. Die Arbeiterchaft der Dresdener Zigarettenindustrie befindet sich in einer Lohnbewegung, in deren Verlauf es in einer Reihe von Großbetrieben an Sonnabends früh zur Arbeitsniederlegung gekommen ist, weil über die Forderungen der Arbeiter auf eine den Feuerungsverhältnissen entsprechende Lohnaufbesserung keine Einigung erzielt werden konnte. Der Streik erstreckt sich nächst auf die Firmen Jasmahs Akt.-Ges., Monopol, Edstein u. Söhne und Delta; es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß er auch auf andere Betriebe übergreift, wenn von den Unternehmern den berechtigten Wünschen der Arbeiterinnen nicht rechtzeitig entgegengekommen wird.

In Schreibe für der Zu mir in schün raubt dung nicht ol In Z benegu die du Reiche u n e r f Soziali Lin moftati Ber r d Staatsg direktien stieren i Berpres ber jeb Berteln Gile vo die zur Kauts- gierung jeiner E egreifu nung de Sämtlic ren geg den Not Wberfio 700 Per von der Die füllungg tigten, i te s. Sompzet einander Volksbeo die Di i auf die Geimfiter Diei Der Ro die Re te r we lehen G an z e r w e nstieren. stows, d und pro Regierung haben. ihrer tionä und sich tischen s Rettung moftatit. u e r Volkstem bürgerlich ihnen n Presse, n Unt

In werden des atal ihrer Ve tonjassen sen, jo genden Autorität mit die das Volt der Hand Zu g n z itiere ungsberri daß er ni ist groß und wie fting: in gefästerie Soldaten nacheinan Ermatius und völli vorgehen dem Jäm keit zu g erhalten, drittes G Das angebroch S nie l trodpen Das beit dar Willenlo des deut

Ein Hilferuf an die Internationale.

Axelrod gegen Trotzky-Lenin.

In der „Humanität“ vom 17. Februar ist nachstehendes Schreiben des russischen Sozialisten Axelrod an den Sekretär der Internationale, Guysmans, erschienen:

In dieser schrecklichen und gefährlichen Stunde wenden wir uns an die Sektionen der Internationale. Wie in den schlimmsten Zeiten des Barismus sind wir der Möglichkeit beraubt, mit den sozialistischen Parteien Westeuropas in Verbindung zu treten. Die Grenze ist geschlossen. Die Arbeiter aller Länder sind über die Vorgänge in Russland entweder gar nicht oder nur auf tendenziöse und falsche Weise informiert. Im Interesse der russischen und internationalen Arbeiterbewegung ist es nötig, die Mauer des Schweigens, die durch die Bolschewiki aufgerichtet wurde, Breche zu legen. Es muß Licht verbreitet werden über den unerhörten Terror, der in Russland im Namen des Sozialismus wütet und dessen reine Fäulnis befeuchtet.

Ohne Wissen der übrigen sozialistischen Parteien und demokratischen Organisationen hat sich eine militärische Verschwörung am 25. Oktober (7. November) der Staatsgewalt bemächtigt. Die Arbeitermassen haben keinen direkten Anteil an der Revolte genommen, aber sie sympathisierten mit ihr in passender Weise, weil sie den demagogischen Versprechungen über Frieden und die soziale Revolution Glauben schenken. Der provisorische Rat der Republik, der zu drei Vierteln aus Sozialisten und Demokraten bestand, wurde mit Hilfe von Bajonetten verjagt. Die provisorische Regierung, die zur Hälfte aus Sozialisten bestand, wurde in die Petersburger Festung geworfen. Der Winterpalast, der Sitz der Regierung, wurde der Blindenhand preisgegeben, und mehrere seiner Verteidiger wurden getötet. Die gewalttätige Machtergreifung der Bolschewiki fand statt am Vorabend der Eröffnung des zweiten Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte. Sämtliche sozialistischen Fraktionen haben eine nach der anderen gegen die Verschwörung Einspruch erhoben und haben dann den Kongress verlassen. Der Versuch Kerenskis, militärischen Widerstand zu organisieren, schlug fehl. In Moskau verloren 700 Personen ihr Leben in diesen Kämpfen. Der Kreml wurde von der Artillerie bombardiert.

Die Bolschewiki, die drei Wochen vor den Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung sich der Staatsgewalt bemächtigten, schufen einen Rat der Beauftragten des Volkes. Diese sind formell verantwortlich vor einem ausführenden Zentralausschuss, der durch den zweiten Kongress der Sowjets gewählt wurde, nachdem die übrigen Parteien auseinandergegangen waren. In Wirklichkeit ist der Rat der Volksbeauftragten nichts anderes als eine Deckung, hinter der die Diktatur Lenin-Trotsky sich versteckt und die sich auf die Bonnette der Soldaten stützt und von zweifelhaften Gestalten, Abenteurern oder gar Verbrechern umgeben ist.

Diese Diktatur hält sich nur durch rücksichtslosen Terror. Der Rat der Volksbeauftragten war noch nicht imstande, die Reichsverwaltung seinem Willen zu unterwerfen. Die Beamten und Angestellten des Staates lehnen es ab, unter Leitung von Urpurpatoren zu arbeiten. Ganze Distrikte lehnen es ab, die neue Macht anzuerkennen, und sie versuchen, Bezirksverwaltungen zu organisieren. Die demokratischen Organe der Städte und Semstwo, die durch das allgemeine, gleiche, unmittelbare, geheime und proportionale Wahlrecht gewählt wurden, wollen die neue Regierung nicht anerkennen und wollen mit ihr nichts zu tun haben. Von allen sozialistischen Parteien ist es nur die aus ihrer Partei ausgeschlossene sozialrevolutionäre Linke, die mit den Bolschewiki zusammengedrückt und sich an der „Regierung“ beteiligt. Alle übrigen demokratischen Organisationen gruppieren sich um den Ausschuss zur Rettung des Vaterlandes und der Revolution und um die demokratischen Organisationen der Städte und der Semimos.

Verlassen von der Demokratie, verächtlich die Bolschewiki ihr terroristisches System. Sie unterdrücken die bürgerliche Presse und sogar die sozialistische Presse, soweit sie ihnen nicht gehört. Lenin veröffentlichte ein Dekret für die Presse, wie es sogar der Barismus nie gewagt haben würde.

Die Diktatur der Bolschewiki bahnt nur der Gegenrevolution den Weg. Der rote Terror ist nur der Vorläufer des weißen Terrors. Die Angriffe auf die bürgerlichen Freiheiten, auf die politischen Rechte und überhaupt auf das allgemeine Wahlrecht erleichtern der Gegenrevolution jede Maßnahme gegen die Demokratie und geben ihr die Möglichkeit, später auch den Arbeitern und Bauern die politischen Rechte zu nehmen. Die „sozialistischen Experimente“ auf dem Gebiete der Industrie werden zu einem Verbot der Gewerkschaftsbewegung und zur Unterdrückung der Arbeiterschutzgesetzgebung führen. Schließlich: die Abwesenheit einer wirklichen Staatsgewalt führt unentrinnbar zu einem Zerfall des Landes in einzelne und einander feindlich gegenüberstehende Provinzen.

In diesem kritischen Augenblick rechnen wir auf den moralischen Beistand der ganzen Internationale. Das Schicksal der russischen Revolution ist aufs engste mit dem der Internationale verknüpft.

Aus diesem Hilferuf geht leider nicht mit wünschenswerter Deutlichkeit hervor, ob er sich auch an die Sozialdemokratie der Mittelmächte richtet, die ja nach der Ansicht mancher westeuropäischen „Sozialisten“ das Bürgerrecht in der Internationale verloren haben soll. Aber jetzt steht, daß die Gewaltpolitik der Bolschewiki auch von uns aufs schärfste verurteilt wird und daß die deutsche Sozialdemokratie den russischen Sozialisten zu erkennen gegeben hat, daß sie ihnen auf dem Wege der revolutionären Massenstreiks und des gewalttätigen Umsturzes nicht folgen wird. Auf diesem Wege kann weder der Frieden noch die Demokratie erreicht werden; nur das eigene Land und Volk wird in namenloses Unglück gestürzt. Aber daß dieses Unglück über Russland hereingebrochen ist, daran haben die Sozialisten der Weltmächte die Hauptschuld. An ihnen lag es, daß die Stockholmer Konferenz nicht zustande kam, auf der sich die Sozialisten aller Länder wieder zusammenfinden und von dem Wust der Kriegswirren befreien konnten. Aus purem Deutschemut haben sie sich geweigert, an dieser Zusammenkunft teilzunehmen, oder haben nicht die Energie aufgebracht, sich das Recht zur Teilnahme von ihren Regierungen zu erkämpfen. Wie soll nun von diesen Sozialisten der Weltmächte dem russischen Volk Hilfe gegen die Bolschewiki kommen?

Ausland.

Wien, 26. Febr. (W.W. Nicht amtlich.) Die Regierung hat gestern neuerdings im Abgeordnetenhause den Gesetzentwurf betr. die Abänderung des allgemeinen Vergabegesetzes eingebracht. Durch die neue Vergabegebote soll das Recht der Aufschubung und Gewinnung von Kohlen dem Staate vorbehalten werden, dem es überlassen bleibt, dieses Recht auf Zeit und Endgültigkeit auf andere Personen zu übertragen. Ferner wird dem Staate ein Einführungsrecht bezüglich des beim Weiser entzogenen oder von ihm aufgelaufenen Bergbaus eingeräumt, wenn in solchen Bergbauen das Vorhandensein von Kohlen nachgewiesen ist.

Deutsches Reich.

Die Nationalliberalen nach der Verwerfung des gleichen Wahlrechts.

Nach ihrer Heldentat, das gleiche Wahlrecht abzulehnen, ist den Nationalliberalen höchst slau zu Mute. Blätter wie die „Kölnische Ztg.“ geben der nationalliberalen Landtagsfraktion deutlich zu verstehen, daß sie durch ihre Haltung die Partei vollkommen ruiniert. Die parteiamtliche „Nationalliberale Korrespondenz“ klagt, die Nationalliberalen seien übernacht worden, weil sie erwartet hätten, daß auch zwei oder drei Zentrumsabgeordnete ihre Dummheit mitmachen würden. Sie versichert dann eifrig, daß noch keine endgültige Entscheidung gefallen sei.

„Es verdient betont zu werden, daß die Abstimmung unter allen Umständen nur einen vorläufigen Charakter trägt, da die endgültige Haltung der Fraktion von der Gestaltung des dritten bisser noch unberatener Gesetzentwurfes über die Befugnisse des Herrenhauses abhängig sein wird.“

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ rehet dann der Regierung gut zu, eine Verständigung zu suchen, denn beim Scheitern der Vorlage würde eine mögliche „Verbeugung“ einleiten. Dessen können die Herren Nationalliberalen allerdings ganz gewiß sein. Sie hätten nur selbst nicht erst die Gefahr des Scheiterns der Vorlage heraufbeschwören sollen.

Zimmerhin zeigen diese Stimmen, daß die Nationalliberalen es nicht ohne weiteres auf das Scheitern der Wahlreform werden ankommen lassen. Da nun die Regierung nochmals in der „Kölnischen Ztg.“ erklärt, daß sie vom gleichen Wahlrecht keinesfalls abgehen werde, darf man noch immer ein Einwirken in vorletzter oder letzter Stunde bei den Wahlrechtsfeinden als wahrscheinlich ansehen.

Baden.

Zur neuen Reichsweinsteuer.

Die Vertreter der dem Genossenschaftsverband des Bad. Bauernvereins angehörenden Naturweinbauvereine, Winger-Genossenschaften und Nebgenossenschaften, nahmen in einer Versammlung in Freiburg Stellung zur Frage der Reichsweinsteuer. Unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten Knopf-Kreuzer erfolgte eine rege Aussprache. Nach eingehender Beratung gelangte nachstehende Entschliessung einstimmig zur Annahme: 1. Die Lösung der Weinsteuerfrage kann nur in Verbindung mit dem Ausbau der Rölle auf ausländische Weine und Trauben erfolgen; 2. der Berechnung der Steuer darf nicht die Menge, sondern nur der Wert des Weines zugrunde gelegt werden; 3. die bisher in der Einzelstaaten erhobenen Weinsteuern sollen durch die Reichsweinsteuer abgelöst werden; 4. Der Wein als Sautrunk im Eigenverbrauch der Rebauern soll steuerfrei bleiben; 5. die Entrichtung der Reichsweinsteuer soll erst durch die letzte Hand erfolgen. — Weiter nahm die Versammlung Stellung zur Frage der Weinzölle und zum Anbau von Amerikanertrauben.

Aufgehobenes Versammlungsverbot. Wie die Mannheimer „Volksstimme“ mitteilt, ist das Verbot der Abhaltung öffentlicher Versammlungen wieder aufgehoben worden. Das Verbot wurde bekanntlich vor etwa sechs Wochen erlassen wegen der Vorgänge in der Versammlung der deutschen Vaterlandspartei in Mannheim.

Mannheim, 26. Febr. Der neun Jahre alte Sohn des Wagenführers Jakob Müller trat in seiner eiternden Wohnung auf einen mit kochendem Wasser gefüllten Topf. Der Topfdeckel gab nach, und der Knabe geriet mit dem rechten Bein in das kochende Wasser. Er verbrühte sich dabei so erheblich, daß er gestorben ist. — In der Nähe der Reichs-Zoo sprang eine bis jetzt noch unbekannte Frauensperion in den Rhein und ertrank.

Stieljungen bei Karlsruhe, 26. Febr. In welchen Blüten es bei Versteigerungen vielfach kommt, zeigt folgendes Beispiel. Die Woche ließ die Gemeinde Zuchter versteigern, wozu sich eine ziemlich Anzahl Liebhaber eingefunden hatte. Es kamen weg ein 320 Pfund schwerer Eber zu 660 Mk., ein solcher im Gewicht von 180 Pfund zu 540 Mk. — In normalen Zeiten würden nach sachverständigem Gutachten erst für letzteres Stück Vieh etwa 250 Mk., für das zweite 150 Mk.

Mannheim, 25. Febr. Der Karl Güter aus Unterberg (Schweiz), der früher hier ansässig war und wegen Lustmordes an der Eisenbahnschaffnerin Weigelt in Frankfurt a. M. sich gegenwärtig in Untersuchungshaft befindet, hat jetzt zugegeben, auch einen Lustmord an der Russin Olga de Poire in Zürich begangen zu haben. Ebenso hat er eingestanden, im Juli und August des letzten Jahres in Zürich zwei Einbruchdiebstähle verübt zu haben.

Erhöhte Liebesgabe für die Junker.

Im vorigen Jahre hat die Reichszuckerstelle den deutschen Junkern 3 1/2 Millionen Pfund Zucker zur Vienenfütterung ausgeliefert. Das Resultat ist bekannt: Der Konig wurde fast ausschließlich zu Wucherpreisen auf dem Wege des Scheinhandels betrogen und die große Masse der Bevölkerung hatte das Nachsehen. Als Belohnung für dieses patriotische und opferbereite Verhalten will die Reichszuckerstelle den draven Junkern jetzt

Unterhaltung und Belehrung

Der SUFF als Erziehungsmittel.

In Nummer 428 der „Deutschen Korpszeitung“ werden die „erziehlischen“ und „staatsverhaltenden“ Wurzeln des akademischen Sufkomments beleuchtet. Es wird zu ihrer Begründung gesagt:

... Und die Möglichkeit des Vieltrinkens und des Vieltrinkenlassens ist auch notwendig. Verbieten wir das Restriktionsfassen, so kann jederzeit jeder trinkfeste Jude jeden weniger vertrauenden Korpsbürger in Grund und Boden trinken, und die Autorität ist hin, oder aber wir schaffen die Vieltrinkerei und damit die Grundlage jeder Knecpennütlichkeit ab. Verbieten wir das Vollpumpen, so geben wir ein Erziehungsmittel aus der Hand!

Ich bitte, diese Worte nicht aus dem Zusammenhang gerissen zu zitieren. Unser Korpsleben soll doch eine Kette von Erziehungsversuchen darstellen. Und jeder Korpsstudent wird befähigen, daß er nie mehr im Leben so deutlich, so ungeschminkt, so ungläublich grob manchmal die Wahrheit zu hören bekam wie im Korps. Und wie kam, daß er sich das gefallen ließ? So lächerlich es klingt: infolge der Knecpe! Die Knecpe ist für uns, was der vielgelästerte Kasernenhofteil, der Paradeplatz für den Soldaten. So wie dort das hundertmal wiederholte „Anie beugt!“ nacheinander Faustheit, Würdigkeit, Trost, Mut, Schlappheit und Ermattung überwindet und aus dem Gefühl hilfloser Ohnmacht und völliger Willenlosigkeit vor dem Vorgesetzten die Disziplin hervorgehen läßt, so bietet uns das „Anie weg!“ dem Letzteren vor dem Jüngeren immer Gelegenheit, seine unbedingte Ueberlegenheit zu zeigen, zu strafen, Abstand zu wahren, die Atmosphäre zu erhalten, die für das ständige Erziehungswerk des Korps unbedingtes Erfordernis ist, wollen wir nicht klug werden.

Das „Anie weg!“ ist natürlich nicht immer, nicht bei jedem angebracht, aber es muß über der Knecpe schweben wie das „Anie beugt!“ über jedem Kasernenhof. Auf beiden kann es trocken argemütlich zugehen.

Das alles klingt wie verriicht, aber es ist doch tiefe Wahrheit darin. Das Gefühl hilfloser Ohnmacht und völliger Willenlosigkeit vor dem Vorgesetzten soll die granitne Säule des deutschen Geisteslebens bleiben. Daher ist der Stolz der

Korpsstudenten, im „Vollpumpen“ einen Ersatz des Kasernenhofdrills zu haben, ganz logisch. Die „unbedingte Ueberlegenheit“, die der hat, der besser laufen kann, ist freilich wunderlich. Aber „unbedingte Ueberlegenheit“ muß sein, und entspringe sie auch nur aus dem Bierfaß.

Der seelische Aufschwung, den der Krieg angeblich im Gefolge hat, ändert daran nichts. Wenigstens wenn es nach dem Willen der gewesenen Korpsstudenten geht.

Vom Affen auf den Menschen.

Die nahe Blutsverwandtschaft, in der wir zu den Affen stehen — sind sie doch in dem großen Stammbaum des Lebens unsere regelrechten Vettern und Vöner — macht es möglich, daß diese Verwandten den Menschen einen Liebesdienst erweisen können, der ihnen selbst freilich in den meisten Fällen das Leben kostet. Der Arzt ist häufig genötigt, bei ausgedehnten Verletzungen Transplantationen vorzunehmen. So können große Hautdefekte, die durch Verbrennungen entstanden sind, durch Verpflanzung von Hautstücken von einem anderen Körperteil desselben oder auch von einem anderen Menschen zur Heilung gebracht werden. Ebenso können auch Knochen- und Sehnenstücke ersetzt werden.

Handelt es sich dabei freilich um den Ansat größerer Knochen- und Sehnenabschnitte, wie sie durch den Krieg häufiger bedingt werden, so ergeben sich dabei erhebliche Schwierigkeiten hinsichtlich der Beschaffung des Materials, da ja die Regeneration vom lebendigen Körper diesen irgendwie verstimmt wird. Man hat sich daher damit zu helfen gesucht, daß man Knochen und Sehnen aus frisch amputierten Gliedern oder auch von Leichen verwendete; doch ist es meist sehr schwer, hier einwandfreies Material zu bekommen.

Nun hat Professor Dr. Hermann Kükner, wie die „Münchener Medizinische Wochenschrift“ mitteilt, schon seit Jahren mit gutem Erfolge die Transplantation von Affen auf den Menschen ausgeübt. Er hat z. B. einem Kinde die Zweide eines anderen Affen das ganze Vorderbein eines Affen überpflanzt. Wie die dem Artikel beigegebenen Abbildungen zeigen, sind die Stüde tadelloso eingewachsen, und haben während ihres mehrjährigen Aufenthalts in dem menschlichen Körper auch dessen Wachstum ganz regelrecht mitgemacht, sodaß sie zu einem richtigen Eigenbestandteil des

Körpers geworden sind. Auch Sehnen- und Knorpelüberpflanzungen sind schon mit gutem Erfolge geübt worden, sodaß anzunehmen ist, daß man auch mit Gelenktransplantationen zum Ziele kommen wird. Nebenfalls haben die Versuche der Transplantation aus dem Affen weit bessere Erfolge gehabt als die aus Hund und Kalber, eben wegen der näheren Blutsverwandtschaft des Affen und Menschen. Auch ist die größere Ähnlichkeit der Skelettforn von Vorteil.

Nach Friedensschluß werden wir ja in der Lage sein, uns Affen in größerer Zahl zu beschaffen und hier gegen zu erhalten, sodaß also für diese Operationsmethode stets ein genügendes Material vorhanden sein wird.

Minister Silberfarb! Der neu ernannte Minister für jüdische Angelegenheiten in der ukrainischen Regierung, Dr. Silberfarb, ist, wie mitgeteilt wird, wirklich mit jenem Silberfarb identisch, dessen Namen seinerzeit dem Fiktionen Nilow zu einem berühmten billigen Wucherer verholfen hat. Silberfarb studierte im Jahre 1904 in Berlin und beschäftigte sich unter dem Decknamen Vajin als revolutionärer Publizist. Als er und mehrere seiner Gesinnungsgenossen von der preussischen Regierung ausgewiesen worden waren und Babel im Reichstage gegen solche Liebesdienste für den Barismus heftigen Protest erhob, antwortete ihm der damalige Reichszkanzler Hirtl W i i e n am 29. Februar 1904:

„Wenn diese fremden Nilowen sich so maßig machen, wie sie das in der letzten Zeit getan haben, wenn sie solche impertinente Erklärungen verpassen, wie es die slavischen Studenten hier unter der Führung des Herren Kandelstam und Silberfarb getan haben, so werde ich dafür sorgen, daß solche Leute ausgewiesen werden.“ (Lebhafter Beifall rechts.) Wir sind in Deutschland noch nicht so weit gekommen, daß wir uns von solchen Sannorern und Verführern auf der Nase herumtanzen lassen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Die Welt ist rund und muß sich drehn, was oben war, muß unten stehen... Nilow ist längst a. D. und selber unter die „Schwerer und Verdächtig“ gegangen. Denn er möchte gar zu gern wieder das werden, was Silberfarb inzwischen geworden ist: aktiver Minister!

sonst 37 Millionen Pfund Zucker bewilligen, aber freilich nur dann, wenn sie sich verpflichten, ein Drittel ihrer Ernte an die Regierungsmehlfabrik zu liefern und den anderen Teil in den Handel zu bringen. Eine Zwangsverfassung des Zuckers — meint die Reichszuckerstelle — sei unmöglich, weil die Zuckerverarbeiter bereit versprochen seien, daß man eine Kontrolle der Ernte nicht durchführen könne.

Dem beschränkten Untertanenverstand drängt sich unwillkürlich die Frage auf: Wenn eine Kontrolle der ganzen Honigernte unmöglich, wie will man denn kontrollieren, ob die Zuckerverarbeiter ihren Teil ihrer Ernte auch wirklich abliefern? Wiegt man sich trotz der im vorigen Jahre gemachten Erfahrung etwa in dem treuhänderischen Glauben, daß die deutschen Zuckerverarbeiter ihren Verpflichtungen freiwillig nachkommen werden? Diese Naivität wagen wir selbst unserer Rahmungsmittelebikrate nicht zuzutrauen.

Aus der Partei.

Quittung.

Zur Förderung des Kampfes für Frieden und Freiheit gingen in der Zeit vom 1. bis 15. Februar nachstehende Beiträge beim Unterzeichneten ein:

Monsieur W. 3.; Arbeiterkassier der Großbuchbinderei Lütke 1.; Bauer-Berlin 30,30; R. N. u. Co. Schöneberg 2.; K. Berlin 50; Soldat W. 2.; A. L. Weich 15; K. Berlin 1,50; ein Mitgl. d. Deutsch. Eisen-Verb. 2.; „Volkswacht“ Expedition-Breslau, von neun Spendern 15,50; Geheimer O. F. 2.; Kraftfabe. ein. Stabes durch 2. 25,05; aus ein. Feldbäckerei durch 2. 3. 3.; S. Berlin-Wilmersdorf 2.; O. M. K. 5.; Kam. 26.; Bez. Gr. Berlin a. Konto Eisenjammung 261.; Bez. Brandenburg, a. Konto Eisenjammung 1200.; von einer alten Demokratin 10.; Mecklenburg-Lübeck, a. Konto Eisenjammung 1.; 2. Angeh. d. Allgem. Konf.-Ver. Chemnitz 3,05; Landfurmman 3. 1.; Kameraden der Robfahr.-Komp. ein. Rat.-Reg. durch 3. 20,50; E. Sch. Berlin-Buchholz 15.; mehr. Kam. ein. Rat.-Kol. durch 3. 16.; Kam. ein. Pensioner-Feld-Komp. durch 2. 40.; Wehrmann 5. 2.; R. A. Mar. Komp. im Osten 5.; Unteroffiz. E. A. u. Kam. 25.; O. D. Mar. Bion-Batt. 3.; S. N. Berlin 20.; Mannsch. ein. Büttel. Feld.-Art.-Reg. durch 3. 30,50; mehr. Kam. ein. Landst.-Batt. im Osten durch 3. 20,50; Bez. Mecklenburg-Lübeck a. Konto Eisenjammung 998,70; Bez. Kassel a. Konto Eisenjammung 250.; „Saaburg“ 18,50; Kreuzdenleben durch 3. 10.; Geheimer R. 11.; A. P. Straußeneh (Schl.) 5.; Kam. ein. Majch. Pers.-Komp. 11.; Bez. Götting a. Konto Eisenjammung 500.; K. Sch. Strachwippen 3.; Dr. Berlin, a. Konto Eisenjammung 34,30; Bez. Leipzig, a. Konto Eisenjammung 24,85; Bez. Nordweil, a. Konto Eisenjammung 369,55; Geheimer W. P. 10.; Kranfenträg. R. A. 4,45; J. Berlin 50; Wehrmann C. 1.; Landfurmman W. Sch. 23.; Bez. Hamburg, a. Konto Eisenjammung und freiw. Beitr. 3910,40; Kam. ein. reit. Batt. durch 3. 34.; Unteroffiz. S. 8.; Kam. V. u. Kam. 53,50; A. G. Frankfurt-Adelshausen 5.; Kam. ein. reit. Batt. durch 3. 67.; Wehr. v. S. P. Charlottenburg 16.; Bez. Vommern, a. Konto Eisenjammung 100.; Bez. Bessen, a. Konto Eisenjammung 130,15; W. B. R. Odenorf 5.; O. W. Mannheim 25.; S. A. Berlin-Platzberg 3.; Konstanta 99,20; 3 Pensioner durch 3. 3.; S. A. Friedebach 1. Ergeb. 10.; Platzrent. St. 6.; Kam. ein. Inf.-Reg. durch 3. 10.; Bez. Ostpreußen a. Konto Eisenjammung 249,45; A. Sch. Alt-Greifswitz 10.; Bez. Braunshweig a. Konto Eisenjammung 117,45; A. B. Hannover 7.; Mar. Feldbatt. Komp. Nordharland 70.; A. Berlin 3.; Frau A. M. Tittit 5.; Frau N. u. Landst. G. 4.; L. R. 5/67 40.; J. G. aus ein. Arm.-Batt. 15.; Bez. Garmisch, a. Konto Eisenjammung 389,85; Kam. ein. Inf.-Reg. durch 3. 68.; Bigefeld. S. 2.; 3 Flieger der Flugzeugmeisterei Adlershof 3.; 11 Mann ein. Feldmag. im Osten 15.; Kanonier W. 2.; Seejagat B. 5.; Fahrer A. R. 2.; O. M. Frankfurt a. M. 3,50; Bez. Magdeburg-Ind. 1181,15; Leichenwerkstelle J. D. 4.; Kanonier W. R. Osten 5.; Geheimer R. G. 3.; aus einer Art.-Wehr. durch 3. 112,50; Landfurmman W. 3. 3.; Kam. ein. Fernsprech.-Abt. 7,05;

Theater und Musik.

Opernhaus Karlsruhe.

„Wölfe in der Nacht“ ist für eine Komödie ein wirklich „spannender“ Titel. Die Komödie von Thaddäus Nittner hält, was der Titel verspricht, und vor uns erhebt, an die Vergleichenstände eines sensationellen Nordprozesses angelehnt, ein Stück, das in drei Akten durch seine Sensationen fesselt, durch seinen Dialog unterhält, und in grellen Karikaturen ungeheurer Bühnenwirkung gestaltet ist. Ein hysterisches Wölfelein, ein Pantoffel von Hölzer und eine Dime besserer Kaffers, die sich auf Seelenanalyse versteht, sind die Hauptrollen dieser modernen Komödie, die erst im dritten Akt, kurz vor dem letzten Akt des Vorhangs zur Sanftmut des Thränen unmaßlich.

Wohlstand sollte mit dem Titel „Wölfe in der Nacht“ auch etwas Symbolik getrieben werden. Die junge Staatsanwältin denkt in ihren Worten und der Gerichtspräsident in seinen Gefühlen nach ihr gelegentlich einmal darauf hin. Aber in die Tiefe geht, mit Ausnahme der fest unrisierten und zur Färbung vor dem Menschenbildner Nittner zwingenden Gestalt des Mörders Hans Eiman, weder die Symbolik, noch sonst etwas in diesem Stück, das man tatsächlich eine „Krone in drei Akten“ nennen könnte. So sind die Wölfe und ihr Geheul fast ausschließlich ein Vorwand. Ein guter Vorwand sind sie ja schon in jener Nacht der Vorgegeschichte des Stückes gewesen, als sie Jeanette in das Schlafzimmer des späteren Staatsanwalts jagten, der sich fürder auch in seiner Karriere als erfolgreicher Arbeiter bewährt hat. Wenn also im ersten Akt des Stückes Jeanette plötzlich im Staatsanwaltschaftlichen Hause erscheint, um ihn als Vater ihrer Tochter und in seiner Eigenschaft als Vertreter der Anlage zu Gunsten seines „Nachfolgers“, des Mörders Hans Eiman, anzukommen, und wenn die junge Waise des Staatsanwalts diesen „interessanten“ Mann nach der Freisprechung gar zu einem Stellvertreter in ihr Haus bestellt, so entstehen Komplikationen von einer solchen Absurdität und Kühnheit, daß der Theaterbesucher gar nicht den Mut dazu findet, das dunkle, um die Menschen des Stückes geponnene, Gewebe auch noch auf seine Festigkeit zu prüfen.

Die Wiedergabe des Stückes unter der Regie des Herrn Dr. Roenneke, der auf Stimmung im Bühnenbild bedacht war und — da bei Nittner ziemlich viel erregt hin- und hergegangen wird — im Laufe des Staatsanwalts zu diesem Zweck sogar eine Art von Ranzee freigelassen hatte, war unschuldig ausgefallen und geschlossener noch als die Aufführung

Stoll, der Sottellbarmfabrik O. Jangemüller-Berlin durch 3. 12.; Kam. einer Landst.-Feldart.-Reg. durch 3. 108.; Berlin, den 16. Februar 1918.

Der Parteivorstand.
Weitere Geldsendungen sind zu richten an: Otto Braun, Berlin SW. 68, Lindenstr. 9; auch kann auf Postcheckkonto Nr. 7918 Fr. Partels, J. Ebert, O. Braun beim Postfachamt Berlin eingezahlt werden.

Sozialdemokratische Partei Badens.

3. Quittung.

Zur Förderung des Verständigungsfriedens wurden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nachstehende freiwillige Geldbeiträge überwiesen:

Expedition der „Volkswacht“, Freiburg (1. Rate): 65 Mark.

Mannheim: Hs. Sch. im Felde 5 M., A. G. Schwegen 10 M., Klopfer 4 M., Felsbauer, Mannheim 3 M., durch 3. 1. 22, 53 M., W. G. T., 308, 6 M., für den Friedensfonds von Dr. St. durch die Redaktion der „Volkstimme“ 10 M., Geheimer J. M. im Felde 52 M.

Zusammen M. 219 mit den bereits veröffentlichten Beträgen in 1. und 2. Quittung insgesamt 2366,60 Mark.

Weitere Beiträge nehmen entgegen:

das sozialdemokratische Landessekretariat, Adresse: Karl Sahn Mannheim, R. 3, 14, II.

die Expedition der „Volkstimme“, Mannheim, R. 3, 14, II, die Expedition des „Volkfreund“, Karlsruhe, Luisenstr. 24, die Expedition der „Freien Presse“, Pforzheim, Klostermühlstraße.

die Expedition der „Volkswacht“, Freiburg, Predigerstr. 3, Mannheim, 23. Februar 1918.

Für den Landesverein der Sozialdemokratischen Partei Badens: Karl Sahn, R. 3, 14, II.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 27. Februar.

Gegen die gute Stube.

In einem Aufsatz in den „Rechtlichen Blättern für Wohnungskultur“ schreibt Dr. Gustav Stein (Duisburg): „Wer öfter Arbeiterwohnungen besichtigt, wird stets die Erfahrung machen, daß manchmal mehrere Kinder in einem Bett schlafen und noch dazu ein oder zwei Kinder das Bett der Eltern teilen. Daneben ist aber eine „gute Stube“ vorhanden, die natürlich so gut wie niemals benutzt, nicht einmal gelüftet wird. Wenn man dann fragt, warum sie die „gute Stube“ nicht als Schlafraum benutzen, so erhält man die Antwort, daß man die Möbel nur einmal habe und sie nicht los werden könne. Gewiß ist es richtig gewesen, die „gute Stube“ sich anzulegen, aber sie sei nun einmal da usw. Je entschiedener die Wohnungsbauer diesen „guten Stuben“ zu Leibe rücken und dafür die Zahl der Schlafstätten vermehren, um so besser erfüllen sie ihre Aufgabe. Der Arbeiter braucht außer den Schlafstätten nur eine Wohnküche, die allerdings gemüßlich und praktisch eingerichtet und möglichst verbunden mit einer Veranda. Wächst er über seine Verhältnisse hinaus, so mag er sich nach bürgerlicher Art noch ein Wohnzimmer zulegen. Solange er aber Arbeiter bleibt, braucht er keine „gute Stube“, sondern Schlafzimmer und eine Wohnküche. Man kann gar nicht oft genug dem Arbeiter vor Augen halten, daß er Betten und Bettzeug braucht, für jedes der Eltern und für jedes Kind mindestens von 12 oder 14 Jahren an. Auch der Mann und die Frau sollten je eine eigene Bettstätte haben. Beide arbeiten tagtäglich rein körperlich und müssen deshalb des Nachts den Körper gut ausruhen können.“

des „Augenblicks“, wemgleich diesmal wieder Fräulein Polin die richtige moderne Prägung der Sphäria eingermaßen stellte. Als Hans Eiman gab Herr Eisel eine, nach Verteilung der Farben vollendete, Menschenleib wahr erfassende Leistung. Frau Eimaths Jeanette stand ihm an Heberigkeit nicht nach und aus der Zahl der übrigen, durchweg gut und treffend repräsentierten Gestalten lagte Kaiserens Gerichtspräsident hervor durch ein prächtiges Erlassen der, in eine elegante Façon zusammengedängten Weisenszüge dieses Kavaliers mit dem elastischen Gewissen.

Im „Kontrollen von Soujumeau“, dessen recht moderner Sonntagsaufführung noch einige Tanzbilder folgten, sang Herr Schwerdt vom Berner Stadttheater mit großem Publikumserfolg die Titelpartie. Das selten umfangreiche und tragfähige Material des Herrn Schwerdt ist an dieser Stelle schon wiederholt anerkannt worden, und man bedauert immer wieder, daß seine Darstellung und seine gesungene Kultur überstet noch in den Kinderstübchen daherkämen. Nachdem Herr Schwerdt schon des Ofteren hier aufgetreten ist, benötigte die Intendanz dieses Gastspiels, um sich über die Verwendbarkeit des Sängers für die Sommerspiele im Konzerthaus klar zu werden. Hoffentlich ist die Entscheidung, ob Herr Schwerdt ein hinlänglich geschmeidiger Operettenjäger und Spieler ist inzwischen gefallen, damit nicht schließlich noch ein Gastspiel als Tristan im Hoftheater folgen muß.

Währenddem gastiert Frau Müller-Meichel immer und immer wieder im Konzerthaus, allwo sie am Freitag erneut die Gemeinde ihrer Verehrer — dankbar gefagt: ein ausverkauftes Haus — als Hofe Freiquet im „Glöckchen“ begreiflicherweise zu stürmischen Beifall hinzieht.

Franz Schuberts „Dreimäderhaus“. Wir lesen in der „Volkstimme“: In der letzten Zeit hat sich in die offiziellen Theaterkonzerte einzelner Bühnen (u. a. auch der Mannheimer) wiederholt die Ankündigung eingeschlichen, Franz Schuberts Dreimäderhaus wird morgen wiederholt oder so ähnlich. Wollte man dem Landfremder, der dem Heberstrahl eines, sagen wir Regierungsrates eines Besuch abgebetet hat, um fortan Gehort und Gut des Wohlthünen zu seiner reichlichsten Hilfe zu tragen, den Titel des Wohlthünen zuerkennt, so wäre ein solches Unterfangen nicht weniger absurd, als der Wortlaut obiger Ankündigung, von der gerne zugegeben sei, daß sie fahrlässig erfolgt, nicht etwa als Ausdruck des Stolzes darstellbar, daß die beteiligten Bühnen vielleicht zwar wenig Mozart oder Vorjüng, sicher gar keinen Wagner, wohl aber den deutschen

Aufmerksamkeit der Redaktion: Es ist auffallend, daß die Wohnungsreformatoren mit ihren Vorsetzungen immer zuerst dem Arbeiter predigen wollen. Was der Herr Dr. Stein hier will, machen die Arbeiter meist schon lange. Sie machen es unter dem Zwange der Verhältnisse. Nur fehlt meist die oben verlangte „Beize“, wie überhaupt die Gemütslichkeit der ganzen Wohnreformation. Das kapitalistische Interesse unserer ganzen Wohnpolitik legt den Schwerpunkt eben mehr auf die Rente, als auf das Bedürfnis der Menschen. Daß der Arbeiter sich nur mit einer Wohnküche und einem Schlafraum beisehen soll, ist natürlich falsch. Der Arbeiter hat gerade so gut das Bedürfnis wie andere Leute, ein Zimmer zu haben, in dem nicht gelacht wird und auch kein Bett steht. Selbstredend soll das ein zu benötigender Wohnraum sein, keine unbenützte „gute Stube“ nach kleinbürgerlichen Begriffen.

Unser Wohnungsreformatoren sollten lieber auf das Mißverhältnis hinarbeiten, daß viele Leute sich Wohnungen mit 10, 15, 20 und mehr Zimmern leisten, während das arbeitende Volk sich mit den dürftigsten Wohnverhältnissen begnügen muß. Aber wir hoffen, daß nach dem Krieg das arbeitende Volk sein Recht zum Leben derart energisch vertritt, daß eine Umwertung der alten Anschauungen erfolgt. Wir wollen einmal sehen, ob es immer so bleiben soll, daß eine kleine Winberbeit lediglich zum Genieken da sein soll und die große Mehrheit zum Darben.

Heute abend 8 Uhr

Verammlung des Sozialdemokratischen Vereins im „Auerhahn“ (Schützenstraße) mit Vortrag des Stadtrats Dr. Diez über „Reform der Stadtordnung“.

Erscheint zahlreich und pünktlich, da die Verammlung um 10 Uhr beendet sein muß! Auch die Frauen sind eingeladen.

„Schleichhandel mit Kriegsanleihe“. Aus Berlin wird berichtet: Dem Vernehmen nach sollen hier und da namentlich in ländlichen Bezirken gewisse Leute dem sächsischen Gewerbe obliegen, wenig erfahrenen Besitzern von Kriegsanleihen ihre Kriegsanleihen durch allerlei Zusicherungen weiß unter dem Preis herauszulocken, um sie dann ihrerseits mit einem höheren Preis wieder zu verkaufen. Vor solchen Einfäulern kann nicht genügend gewarnt werden. Wenn ein wirkliches wirtschaftliches Bedürfnis vorliegt, von der geschätzten Anleihe zu verkaufen, werde man sich an eine Bank, Sparkasse, Genossenschaft oder auch an die Reichsanstalten, die Kriegsanleihe bis zu 1000 Mk. zum Ausgabekurs von 98 Prozent abzüglich der üblichen geringen Verkaufsgebühren unmittelbar vom Zeichner jederzeit einkaufen.

„Neue Tabakfabrikstoffe“. Der Bundesrat hat neuerdings genehmigt, daß die Verwendung von Linden-, Ahorn-, Plataneblättern, Blättern der Weiden und der Weinrebe und von Rosinenblättern als Ersatzstoffe bei der Herstellung von Zigaretten und tabakähnlichen Waren gestattet werden darf.

„Gewerkschaftsartikel Karlsruhe“. Für die Angehörigen von Kriegsteilnehmern und unsere Mitglieder werden am Freitag abend von 7 bis 8 Uhr in der Restauration „Auerhahn“, Schützenstraße, eine Anzahl Karten zum Preise von 30 und 60 Pfa. für die Vorstellung im Gr. Hoftheater, am Sonntag, 3. März, nachmittags 2 Uhr, ausgegeben. Zur Aufführung gelangt das Lustspiel „Minnä von Barnhelm“.

„Die städtische Sparkasse Karlsruhe weist im Januar 1918 ihren größten Zuwachs an Spareinlagen seit ihrem Bestehen auf. Die Einlagen überwiegen die Rückzahlungen in diesem Monat um 3 044 167,37 Mk. Auch der Februar läßt sich sehr günstig an. Die Zahl der Abfertigungen (Einlagen und Rückzahlungen) einschließl. des Giro- und Scheckverkehrs, jedoch ausschließlich der Sparkassensparnisse, betrug im Januar über 40 000.“

Meiner Neanz Schubert zur Aufführung bringen. Gerade jetzt wo sich der bereuigte Landkiter zur Veröffentlichung zweier (1) weiterer Operetten „entschieden mußte“, sollte all das gerügt werden, was irgendwie die Vorprüfung unterziehen könnte, als handle es sich beim Dreimäderhaus und Konforten nicht um eine Vergegenwärtigung der Schubertischen Empfindungsweife, sondern gar um eine Ehrung des deutschen Meisters. Da man den Theatern eine Ankündigung etwa des Wortlauts „nachdem das Regieamt immer noch nicht zugeführt“, natürlich nicht zumuten kann, wäre es an der Zeit, daß auch im privaten und konzertatorischen Musikantertum einmal auf die „Bedeutung“ Schuberts und Schumanns als Operettenkomponisten“ entsprechend hingewiesen würde.

Konzert des Instrumentalvereins. Der Instrumentalverein, dessen gesamtdeutscher Bedeutung ich anläßlich einer seiner vorjährigen Konzerte besonders zu würdigen Gelegenheit hatte, gab im Museumsaal eine Aufführung, deren Vortragserfolg abermals mit ganz erstemem Beifall zusammengeschloß war. Seltlich wirkte ein gemischtes Vokalquartett mit, das bei Mendelssohn von Fräulein Rothmund besser gefügt, als durch Herrn Wehbecker geführt wurde, die Braunschen Jaguenerlieber aber vollständig wie sie sind und gutvoll befehlt zur Wehbergabe brachte. Hier trat auch die vornehme Gesangsgruppe des Herrn Graarud (Tenor) ins rechte Licht, und nur die Holzbläserische Ouvertüre zu „Günter von Schwarzburg“, die besser am Anfang des Programms gespielt worden wäre, hatte nach Brauns einen schweren Stand. Immerhin war es interessant, diese etwas jähig ammalende Komposition einmal zu hören und zu bemerken, daß die Mittel dieses Mannheimer noch nicht lauglich waren, um der italienischen Opernproduktion jener Zeit auf die Dauer erfolgreich Konkurrenz zu bieten.

Mit einer Mozart-Suite war Mozart auf dem Programm vertreten, und ihm, wie auch dem Sahn der 7. Sinfonie (C-Dur) wurde das Vereinsorchester unter Leitung des Herrn Musikdirektor Mung mit jener wirklichem Lust und Liebe gerecht, die seine Darbietungen stets über den Durchschnitt solcher Instrumentalwerke erhebt. Trefflich kam bei Sahn vor allem die meisterliche Gestaltungstiefe Vintonföbung des Schlußsatzes zur Geltung, in den Mozartten bewährten sich namentlich des Vielerhör und auch der Pauker des Orchesters. Wohlverdient und langanhaltender Beifall war der Dank, den das überaus zahlreiche Auditorium all den köstlichen Darbietungen zollte. I. S.

Nr. 49.
Sa. d. d. e. n. e.
Ra.
dants wu.
und chem.
überwiegt.
Zobert
bert Wölfe.
fügen
sereit
Hüter
Heder
Die
genau
ultraie
läufe ein.
genen
mehr an.
reit, wie
Betrie
Zagen
fam m
Staats
es kon
worden
216 802
vorgenan
icht auf
jährigen
die Kasse
wurde ein
minister
Die
mittig in
Den Vor
auch den
Suttgart
gar, Mi
deutschp
Spanien“
gerentge
men wech
Saber un
das neut
maß von
„Deutschl
liche, wiff
Sänder zu
Das
steigt die
Klin, eine
Wabe“.
Die V
des Mon
zahl der
O. G.
29
58
87
116
jeweils
3 1/2
Um 3
Ausgäh
die Bezug
halten.
Karl
Bei d
Erneu
der Adol
Antidant
De
Se
Die W
Lagen im
Einlich
Ertrag
müssen in
dem Gro
Protokoll
Karl
Die a
13. April
des Jume
betr. für
14. Febru
Böpfung:
1. Kno
halten ab
andere W
verwend
Wegger z
schaften
2. Die
Knochen
bearbeitet
3. Das
Knochen
Karl

Ha. Holzpreise. Von dem Lebensmittel-Versorgungsausschuss Emil Sacherer wurden dem Oberbürgermeister 100 Guttscheine über je 10 Bündel Holz zur geeigneten Verwendung für die Kriegsfürsorge zur Verfügung gestellt.

Ha. Spenden. Dem Ortsausflug des Badischen Heimatbundes wurde von den Oberlo-Berlen G. m. b. H. Nahrungsmittel und chemische Erzeugnisse in Karlsruhe, der Betrag von 1000 M. überwiesen.

Todesfall. Im Alter von 70 Jahren ist Kammerherr Lambert Wilhelm v. Babs gestorben. Er hatte sich auf seiner Besitzung auf Trauenau, namentlich in jüngeren Jahren der Malerei gewidmet, und als Landschaftler manche bemerkenswerte Bilder geschaffen. Auch schriftstellerisch war er tätig. Aus seiner Feder stammt der Roman „Zwei Kaiser“.

Die badische Gefangenenerziehung schreibt uns: Bei den gegenwärtigen Verhältnissen sowohl in Großrußland wie in der Ukraine müssen alle Verurteilungen an Geld und Papieten vorläufig eingestellt werden. Auch die großen Zentralen für Gefangenenerziehung wie Frankfurt, Hamburg nehmen keine Anträge mehr an. Sobald in diesen Verhältnissen eine Änderung eintritt, wird in geeigneter Weise darauf aufmerksam gemacht.

Betriebskrankenkasse der Bad. Staatsbahnen. Vor wenigen Tagen fand hier eine außerordentliche Generalversammlung der Betriebskrankenkasse der Bad. Staatsbahnen statt, die notwendig wurde, weil, wie es schon aus den Verhandlungen der 2. Kammer bekannt geworden ist, die Kasse im Jahre 1917 mit einem Fehlbetrag von 215 802 M. abschließt. Es wurde eine Änderung der Satzungen vorgenommen und zwar dahingehend, daß die Kostenleistungen jetzt auf 26 Wochen herabgesetzt werden sind, bei einer halbjährigen Beitragsleistung. Durch die Kriegsausbehalten hat die Kasse eine außerordentliche starke Belastung erfahren. Es wurde eine Entschädigung angenommen, in welcher das Finanzministerium ersucht wird, den Fehlbetrag zu decken.

Die Deutsch-Spanische Vereinigung hielt am Sonntag Vormittag im „Kriegergartenrestaurant“ ihre Landesversammlung ab. Den Vorsitz führte Fabrikant Habermehl-Worheim, der auch den Jahresbericht erstattete. Dr. Schwammberger-Suttgart berichtete über die Vereinigung der bisher in Stuttgart, München, Hamburg und Frankfurt a. M. bestehenden deutschspanischer Verbände zur Vereinigung „Deutschland-Spanien“. Diese Vereinigung soll in bestimmten Perioden Delegierten abhalten, an denen aus Baden drei Vertreter teilnehmen werden. Als Vertreter hierzu wurden gewählt: Fabrikant Habermehl-Worheim, der Leiter des Nachrichtenbüros für das neutrale Ausland, Rudolf Kap-Karlsruhe und Staatsanwalt von Braunbehrens-Heidelberg. Die Vereinigung „Deutschland-Spanien“ hat bekanntlich den Zweck, die wirtschaftliche, wissenschaftliche und künstlerische Annäherung der beiden Länder zu fördern.

Das neue Programm der Luzern-Bühnen. Kaiserstr. 168, bringt die bekannte Künstlerin Hedda Bernon in ihrem neuesten Plan, einem Lustspiel in 4 Akten unter dem Titel „Hedda im Bade“. „Ach wie ist's möglich dann“ ist ein vieraktiges Lebens-

bild, in der Hauptrolle Thea Steinbrecher, und schildert die Entstehung des gleichnamigen Volksliedes.

Kommunalpolitik.

Fortschrittliche Gemeindevertreter-Versammlung.

Am Sonntag, 24. Februar, fand in Karlsruhe eine Zusammenkunft von Stadträten und Stadtverordneten der Fortschrittlichen Volkspartei statt, um über die Reform der Städteordnung zu beraten. Sie war veranlaßt durch den bekannten Geheimeaufseher des Mannheimer Oberbürgermeisters Dr. Küper, der von dem Ausschuss der Mannheimer Stadtvertretung in mehreren Punkten abgeändert worden ist, und durch die Anträge der Landtagsfraktionen in der Zweiten Kammer. Herr Küper sprach laut „N. B. Ldsz.“ als Vortragende in längeren Ausführungen die Herren Dr. G. Lesfer (Heidelberg) und Rechtsanwalt Vortisch (Köln). Die Aussprache war sehr eingehend und lebhaft. Gegen manche der Bestimmungen des Außerordentlichen Entwurfs wurden starke Bedenken geäußert, im ganzen aber wurde dieser Entwurf als ein großer Fortschritt gegen das bisherige Recht und insbesondere anerkannt, daß die Anregung, die durch den Entwurf gegeben worden ist, ein großes Verdienst sei. In den wesentlichen Punkten der Reform konnte Einmütigkeit der Vermittlung festgestellt werden, so insbesondere darüber, daß die Selbstverwaltung zu weiten und zu stärken und daß das Wahlsrecht zu demokratisieren ist.

Neues vom Tage.

Eine Eisenbahn-Fähre über den Kanal.

Genf, 25. Febr. (Briso-Ed.) Wie die Pariser Zeitungen mitteilen, ist eine Dampf-Fähre zur Beförderung von Eisenbahnzügen über den Kanal hergestellt worden. Der erste Eisenbahnzug soll vor einigen Tagen in Dierpe eingetroffen sein mit einer Sendung von Waren für Rouen.

Letzte Nachrichten.

Die Wahlen in Spanien.

Madrid, 26. Febr. (Agenzia Sotasa.) Die bisher bekanntesten Wahlergebnisse sind folgende: Demokraten 39, Partei-gänger Ramos 33, Anhänger von Romanones 13, Regionalisten 17, Sozialisten 1, Anhänger La Cerveras 8, Republikaner 7, Sozialisten 4, Nationalisten 6, Anhänger Albas 6, Unabhängige Liberale 4, Unabhängige 4, Sozialisten 4, Reformisten 2.

Fliegerangriff auf Venedig.

Rom, 26. Febr. (Agenzia Stefani.) Am Montag abend gab eine amtliche Note folgendes bekannt: Bei einem Vorstoß in der letzten Nacht warfen feindliche Flieger 27 Bomben auf Venedig, 30 auf Mestre und 6 auf Cattolica. In Venedig wurden 8 Personen getötet und 9 verletzt, in Mestre 3 Per-

sonen getötet. Die Opfer waren sämtliche Zivilpersonen. Leichter Schaden wurde an Gebäuden und sonstigem Privateigentum angerichtet.

Berlin, 27. Febr. Aus Lugano wird dem „Berliner Lokalanzeiger“ mitgeteilt: Zu dem gemeldeten Fliegerangriff auf Venedig in der Nacht auf den 21. Februar schreibt die „Gazzetta di Venezia“, daß der Palast Mocenigo, der 1818 Byron beherbergte, getroffen worden sei. Mehrere Bomben sollen in der Nähe der Kunstakademie und des Palastes Tiepolo niedergefallen sein. In den Palästen Rezzonico und Gustinaci, wo Wagner einst wohnte, wurden sämtliche Fenster zerstört.

Unruhen in Costarica.

San Jose, 26. Febr. (Nicht amtlich.) Reuter. Ein Telegramm aus San Jose (Costarica) meldet: In verschiedenen Teilen Costaricas (Mittelamerika) brach eine Revolution aus, die jedoch unterdrückt wurde. Die Ordnung ist vollständig wiederhergestellt. Die Unruhen begannen am letzten Freitag, als eine Bande unter Führung des Herausgebers der Zeitung „Imparcial“, die von der Regierung unterdrückt war, bei Simla einen Personenzug angriff. Ausschreitungen folgten in Cartagena und Turrialba. Aber die Aufständischen wurden bald zerstreut. Eigentum wurde nicht zerstört und die Verluste an Menschenleben sind gering.

Briefkasten der Redaktion.

Gefr. Gr. II. im Felde. Urlaub nach der Schweiz werden Sie wohl kaum bekommen. Sie können aber bei Ihrem Truppenteil ein Zusammentreffen in Karlsruhe beantragen. Das rote Kreuz unterhält zu diesem Zweck in Karlsruhe die entsprechenden Einrichtungen auf seine Kosten.

Kantner Gg. S. im Felde. In Ihrem Falle wird nichts zu machen sein, da Sie noch nicht 45 Jahre alt sind.

H. D. Ettlingen. Machen Sie ein Gesuch an das jett. Generalkommando XIV. A.-K. in Karlsruhe, Abt. Z. c.

Vereinsanzeiger.

Präsident (Gewerkschaftskartell). Heute, Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr. Kartellung in der „Hof“, Delegierte sowie die Vorstände der Gewerkschaften sind eingeladen. 2606

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Hermann Kadel; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, beide in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

Bekanntmachung.

Die Auszahlung der Kriegsunterstützungen für die 1. Hälfte des Monats März 1918 findet nach Maßgabe der Ordnungszahl der Ausweisarten an folgenden Tagen statt:

Nr. 1 bis mit 2900:	Freitag, den 1. März 1918.
2901 " " 3800:	Samstag, den 2. März 1918.
3801 " " 4700:	Montag, den 4. März 1918.
4701 " " 5600:	Dienstag, den 5. März 1918.
5601 " " 6500:	Mittwoch, den 6. März 1918.

jeweils vormittags von 8 Uhr bis 12 1/2 Uhr und nachmittags von 1 1/2 Uhr bis 6 Uhr im großen Rathsaussaal.

Im Interesse einer geordneten und raschen Abwicklung des Auszahlungsgeschäftes muß dringend darauf bestanden werden, daß die Bezugsberechtigten die vorgeschriebene Reihenfolge genau einhalten.

Karlsruhe, den 25. Februar 1918. 2688
Der Bürgermeister.

Bekanntmachung.

Bei der heute durch den Bürgerausschuß vorgenommenen Erneuerungswahl von zwei Mitgliedern des Stiftungsrats der Adolf und Johanna Viesefeld-Stiftung wurden mit Amtsdauer von 6 Jahren wiedergewählt:

Herr Dr. Max Rosenberger, Medizinalrat hier,
Herr Heinrich Herrmann, Privatmann hier.

Die Wahllisten liegen vom 28. d. Mts. an während acht Tagen im Rathaus, 2. Stod, Zimmer Nr. 60, zu jedermanns Einsicht offen.

Etwasige Einsprüche oder Beschwerden gegen die Wahl müssen innerhalb dieser Frist beim Bürgermeisteramt oder dem Großh. Bezirksamt hier schriftlich oder mündlich zu Protokoll vorgebracht werden.

Karlsruhe, den 25. Februar 1918. 2690
Der Bürgermeister.

Bekanntmachung.

Die auf Grund der Verordnung des Bundesrats vom 13. April 1916 und der Verordnung Großh. Ministeriums des Innern vom 20. April 1916 den Verkehr mit Knochen etc. betr. für die Stadt Karlsruhe getroffene Anordnung vom 14. Februar 1917 erhält mit sofortiger Wirkung folgende Fassung:

1. Knochen, die in Haushaltungen, Wirtschaften und Anstalten abfallen, dürfen nicht verbrannt, begraben oder auf andere Weise vernichtet, noch unverarbeitet zu Düngemitteln verwendet werden, sondern sind so rasch als möglich an den Regier. zurückzuführen, von dem die Haushaltungen, Wirtschaften und Anstalten gleich beziehen.
2. Diese Knochen werden in der im Schlachthof errichteten Knochenentfettungsanlage zur Gewinnung von Speisefett verarbeitet.
3. Das gewonnene Fett wird an die Haushaltungen, die Knochen abgeliefert haben, nach Maßgabe der abgelieferten Knochenmengen durch die Regier. verkauft.

Karlsruhe, den 22. Februar 1918. 2698
Der Stadtrat.

Bekanntmachung.

Die Ersatzwahl eines Mitglieds des geschäftsleitenden Vorstandes der Stadtverordneten und eines Stellvertreters des Obmanns des letzteren betreffend.

Bei der heute stattgehabten Ersatzwahl eines Mitglieds des geschäftsleitenden Vorstandes der Stadtverordneten und des stellvertretenden Obmanns dieses Kollegiums wurden mit Amtsdauer bis zu den nächsten regelmäßigen Erneuerungswahlen des Bürgerausschusses gewählt:

als Mitglied: Herr Stadtv. Hermann Eichhorn,
als Stellvertreter des Obmanns: Herr Stadtv. August Schwaib.

Die Wahllisten liegen vom 27. ds. Mts. an während acht Tagen im Rathaus, 2. Stod, Zimmer Nr. 58, zu jedermanns Einsicht auf.

Etwasige Einsprüche oder Beschwerden gegen die Wahl müssen innerhalb dieser Frist beim Bürgermeisteramt oder dem Großh. Bezirksamt schriftlich oder mündlich zu Protokoll mit sofortiger Bezeichnung der Beweismittel angebracht werden.

Karlsruhe, den 25. Februar 1918. 2691
Der Obmann des geschäftsleitenden Vorstandes der Stadtverordneten.

Der Schluss in der Südstadt

sollte sich recht günstig gestalten.

Deshalb bitten wir die Bewohner am **Donnerstag und Freitag** unseren Sammelwagen vor allem sämtliches o. thehrliche Papier u. dergl. mitzugeben.

Altmaterialiensammlung.
Bad. Landesverein vom Roten Kreuz
Dep.-Abteilung.
2699

Bad. Schwarzwaldverein
Orts- und Bezirksgruppe
Karlsruhe (c. V.)

Mitglieder-Versammlung
Donnerstag, 14. März,
abends 7 1/2 Uhr, im Moniger,
Konkordiansaal 2695

Tagesordnung:
1. Erstattung des Jahresberichts für 1917.
2. Rechnungsablage für 1917.
3. Beratung der im Jahr 1918 vorzunehmenden Arbeiten.
4. Anträge und Wünsche der Vereinsmitglieder.

Chaiselongue
neu, zu verkaufen. 2687
Polsterer Köhler
Schützenstr. 25.

Kinderbett mit Matraze,
auf erhalten zu verkaufen. Kronenstr. 8 III.

Möbl. Zimmer zu verm.
Zu ertrag. Augartenstr. 58, 4. Etz. 2700

Drucksachen fertigt an.
Buchdruckerei Volksfreund.

Lüchtige
Kübler und Küfer
finden sofort Beschäftigung. 2603
Bad. Lebensmittelabrik Louis L. Stern & Cie.
Bannwaldallee 1.

Brennholz-Verkauf.
Wir haben auf unserem Lagerplatz, Ecke Geranien- und Goethestraße, kurz gefügtes Brennholz zu verkaufen. 2602
Brucks & Hörner.
Büro: Kaiserallee 97.

Frauen u. Mädchen
nicht unter 18 Jahren, für Schichtenbetrieb, werden eingestellt.
Zu melden beim Portier 2678
Bad. Lebensmittelabrik Louis L. Stern & Co.
Bannwaldallee 1.

Sendet Karten ins Feld.

Atlas der Ost- und Südostfront, 5 farbige Karten von 1. Südwestrussland, 2. Nordwestrussland, 3. Rumänien, 4. Mazedonien, 5. Aegypten.

Atlas der Westfront, 5 farbige Karten von 1. Ypernde-Arras, 2. Laon-Reims, 3. Reims-Verdun, 4. Toul-Nancy, 5. Kolmar-Belfort.

Die Karten sind gut beschriftet und deshalb zur Orientierung sehr geeignet.

Preis des gebundenen Taschen-Atlases 1.30 Mark. (nach auswärts und ins Feld 10 Pfg. Porto).

Zu beziehen durch die
Buchhandlung Volksfreund, Luisenstr. 24.

LUXEUM = Lichtspiele
Kaiserstraße 168. Telefon 3985.

Hedda Vernon
in ihrem neuesten Film
Hedda im Bade
Lustspiel in 3 Akten.

Ach wie ist's möglich dann
Dramatisches Lebensbild in 4 Akten.
In der Hauptrolle: **Thea Steinbrecher**

P. T. Palast-Theater P. T.
Karlsruhe Tel. 2502 Herrenstr. 11
Von Mittwoch bis einschl. Freitag.

Wanda Treumann
in
Das Opfer der Yella Rogesius
Drama in 4 Akten
Nach dem Roman „Die Ehre des Stephan Rogesius“
von **Lo Bergner**.

Fritz Achterberg und Ruth Stachona
in
Rauschende Akkorde
Filmspiel nach bekannten Motiven in 3 Akten.
Verfasst und inszeniert von **Franz Hofer**

Kräftige Bauschlosser
stellt ein
Artilleriewerkstatt-Süd, Spandau.

Residenz-Theater
Waldstrasse.
Mittwoch bis einschl. Freitag.
Richard Oswald-Film 1917/18.

Die zweite Frau.
Gesellschaftsschauspiel in 4 Akten nach dem Roman von **E. Marlitt** mit
Alexander v. Andalfy
in der Hauptrolle.

Der Tugendbund.
Lustspiel in 3 Akten.

Friedensverhandlungen mit Ukraine.
Ausgabe des Bild- und Filmamt Berlin.

Gesucht für sofort
Mehrere Hilfsarbeiter.
Arbeitsbuch und Quittungskarte mitbringen.
Gesellschaft Sinner
Abteilung Nahrungsmittel
Karlsruhe-Grünwinkel.

Anmeldungen von Lehrstellen
in allen Berufen
(Handwerk, Handelsgewerbe usw.) für
Knaben und Mädchen
nimmt jetzt schon für Ostern 1918 entgegen
Städt. Arbeitsamt
Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe
Zähringerstraße 100.

Mädchen
für die Haushaltung auf 1. März
ge sucht.
Frau Seiter
„Zur Postkutsche“.

Friedrichsbad
136 Kaiserstrasse 136.
An den fünf ersten
Tagen der Woche
kostet ein Wannen-
bad für Männer u.
Frauen

35 Pfennig.
Samstag 40 Pfennig.

Daniels Konfektionshaus
Karlsruhe
Wilhelmstraße 34, 1 Tr.
Aus Seide
schwarz und farbig
Mäntel, Kleider
Jacken, Röcke
Blusen, Unterröcke
Große Auswahl.
Preiswerte Qualitäten.
Keine Ladenbesen.

Malerarbeiten!
Maler-, Anstreicher- und
Zimmermeisterarbeiten u.
werden prompt ausgeführt vom
Malergeschäft **Werderstr. 83**
oder **Schönenstr. 18.**

Rüchenschrank,
Bertiko, Liman, ganze
Einrichtungen lauft
Levy, An- u. Verkaufsgeschäft,
Markgrafenstraße 22.

Ein zuverlässiger
Heizer
kann sofort eintreten bei
H. Bruns, Brauerei
Karlsruhe. 2674

Sozialdem. Verein Karlsruhe.
Mittwoch, den 27. Februar, abends 8 Uhr, in der
Restauration „Auerhahn“, Schützenstraße
Mitgliederversammlung

Tagesordnung:
Vortrag des Genossen Stadtrat Dr. Dieb über
„Reform der Städteordnung.“
Wir laden unsere Mitglieder zu dieser Versammlung herzlich ein,
mit dem Ersuchen, zahlreich und pünktlich zu erscheinen, da die
Versammlung um 10 Uhr beendigt sein muß. Auch an unsere
weiblichen Mitglieder richten wir das Ersuchen, die Versammlung
zu besuchen.
N.B. Die Vorstandsmitglieder werden gebeten, eine halbe
Stunde früher zu erscheinen.
Der Vorstand.

Vaterländischer Abend
Donnerstag den 28. Februar
abends 8 1/2 Uhr im „Großen Rathssaal“
Vortrag
von Herrn Geheimrat Häußner.
„Was uns der Krieg lehren soll.“
Eintritt frei.
Hefervierte Klöße sind in der Herber'schen Buchhand-
lung zum Preise von 1 Mk. zu haben.
Nationaler Frauendienst
Badischer Frauenverein
Evang. Frauenvereinigung
Jüdischer Frauenbund
Katholischer Frauenbund.

Unentgeltliche
Geld- und
Paketüberweisung
an
kriegs- u. zivilgefangene Deutsche
besorgt der
Bad. Landesverein
vom Roten Kreuz
Abteilung: Anstaltsstelle über Verwundete
und Vermisste für den Bezirk Karlsruhe.
Geschäftsstelle:
Nationaler Frauendienst, Kronenstr. 24

Gesucht
junge kräftige Burschen
für unsere Nahrungsmittel-Abteilung.
Arbeitsbuch und Quittungskarte mitbringen.
Gesellschaft Sinner
in Karlsruhe-Grünwinkel.

Ich habe mich hier in Karlsruhe als
Spezialärztin für Frauenkrank-
heiten und Geburtshilfe
niedergelassen.
Wohnung: Mathystrasse 35 III.
Sprechstunden: Wochentags von 10-12 Uhr.
Dr. med. Olga Opitz.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.
Todesfälle. Sarah Goldschmidt, alt 54 Jahre, Ehefrau von
Julius Goldschmidt, Privatmann, Erwin, 7 J. alt, B. Friedrich
Guhl, Bahnarbeiter, Friedrich, 2 Jahr 5 Mon. 28 Tage alt, B.
Emil, Sohn, Schuhmacher, Magdalena Burdard, 86 J. alt,
Witwe von Johann Wendel, Burdard, Schneider, Irngard, alt
1 Jahr 5 Mon. 23 Tage, B. Wilhelm Winter, Friseur.
Vof, 47 J. alt, Witwe von Otto Vof, Hauptlehrer.